

Die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR

von

Michael Koch

Herausgeber:
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Bergstraße 4, 99092 Erfurt
www.thueringen.de/LZT

2000

Inhalt

1	Einleitung	40	Die Wirksamkeit des Faches
6	Die Entwicklung der Wehr- erziehung in der DDR	46	Die Folgen
21	Die Gründe für die Einfüh- rung des Wehrunterrichtes	48	Schlussbetrachtung
31	Die Einführung des Faches	52	Quellen- und Literaturver- zeichnis

Einleitung

► Mit Beginn des Schuljahres 1978/79 am 1. September 1978 wurde der Wehrunterricht für die neunten und ein Jahr später auch für die zehnten Klassen als Pflichtfach an den Polytechnischen Oberschulen der DDR eingeführt. Ein Schritt der SED-Führung der bei einem Betrachter nach über zwei Jahrzehnten noch Verwunderung auslösen kann. Denn die Etablierung dieses - die vormilitärische Ausbildung intensivierenden - Unterrichtsfaches fiel in eine Entspannungsphase des Ost-West-Konfliktes, die unter anderem von den Ereignissen und Abschlüssen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bestimmt war. Am 1. August 1975 hatte auch SED-Chef Erich Honecker - neben 34 weiteren Staats- und Regierungschefs aus Europa und

Nordamerika - die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet, die für die Beziehungen in Europa mehr Sicherheit, Gerechtigkeit, Zusammenarbeit und Annäherung als Zielsetzungen beinhaltet. Vom Herbst 1977 bis in das Frühjahr 1978 fand ein KSZE-Folgetreffen in Belgrad mit einem ähnlichen Abschlusstenor statt. Noch im Mai 1978 erklärte Honecker auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED zu diesem Treffen (Honecker, E. 1978: S. 10):

„Wir sind fest entschlossen, an der Seite der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer den in Helsinki eingeschlagenen Weg des Abbaus der Konfrontation zwischen den Staaten verschiedener sozialer Systeme, der Sicherheit und Zusammenarbeit weiter zu beschreiben. Vor allem kommt es darauf an,

factum ▶ Wehrunterricht

die politische Entspannung unumkehrbar zu machen und sie durch die militärische zu ergänzen.“

▶ Beeinflusst von der entspannten politischen Großwetterlage und der Neuen Ostpolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung hatten sich in den siebziger Jahren auch die innerdeutschen Beziehungen verbessert. Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Egon Bahr für die Bundesrepublik und Michael Kohl für die DDR mit dem Verkehrsvertrag den ersten deutsch-deutschen Staatsvertrag, wodurch Reiseerleichterungen von Bundesbürgern in die DDR sowie die Möglichkeit für DDR-Bürger erreicht wurden, bei dringenden Familienangelegenheiten die BRD zu besuchen. Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten am 21. 12. 1972 verzichtete die Bundesrepublik auf ihren Alleinvertretungsanspruch und wurde u.a. die Einrichtung „Ständiger Vertretungen“ in Bonn und Ostberlin vereinbart. Damit schaffte der ostdeutsche Staat auch den Durchbruch für die diplomatische Anerkennung in der westlichen Welt. Es bestand also 1978 kein außenpolitisches Gefahrenpotential, das die Intensivierung der

vormilitärischen Ausbildung an den Schulen gerechtfertigt hätte.

▶ Auch in innenpolitischer Sichtweise erscheint die Vorgehensweise der DDR-Führung zunächst unsinnig und kontraproduktiv. So protestierten bereits im Vorfeld der Einführung sowohl die Evangelische wie die Katholische Kirche gegen das Unterrichtsfach. Die protestantische Seite kündigte desweiteren als Reaktion eine Friedenserziehung sowie die Unterstützung von pazifistischen Aktivitäten in ihrem Rahmen an. Gerade in den Beziehungen zur Evangelischen Kirche aber hatte der SED-Staat in den siebziger Jahren ein Verhältnis gegenseitiger Anerkennung und Akzeptanz (*modus vivendi*) entwickelt, das am 6. März 1978 bei einem Treffen der Kirchenführer mit Honecker seinen Höhepunkt erlebte und dessen Verlust man nun ebenso riskierte, wie das Entstehen einer unabhängigen Friedensbewegung im Rahmen der Kirchen.

▶ Warum also entschloss sich die Partei- und Staatsführung zu diesem Schritt? Die offiziellen Erklärungen zur Einführung des Wehrunterrichtes sind DDR-typisch schwammig und beinhalten gegenüber früheren

Verlautbarungen zur Thematik der Wehrerziehung keine neuen Aspekte. So werden in einer Direktive des Ministeriums für Volksbildung folgende Begründungen und Absichten formuliert (MfV 1. 2. 1978):

„Der Wehrunterricht dient der sozialistischen Wehrerziehung der Jugend und ist ferner Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsprozesses an der Schule. Er fördert die Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Schüler und hat zum Ziel,

- die Mädchen und Jungen auf die Wahrnehmung des in der Verfassung festgelegten Rechts und der Ehrenpflicht zum Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft vorzubereiten,
- die klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung der Schüler weiter auszuprägen und die Wehrmotivation zu festigen,
- die systematische und planmäßige Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung durch Vermittlung entsprechender Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu unterstützen.“

► Ein Autorenkollektiv um Martin Gonnermann begründete 1987 in dem Buch „Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft“ die Einführung des Wehrunterrichtes im

Nachhinein mit den „wachsenden Anforderungen (...) des modernen Militärwesens“, die eine frühere Heranführung der Jugend an militärische Angelegenheiten notwendig gemacht hätten. Diese Darstellungsweise lässt sich vor allem durch zwei Argumente entkräften: Es wurden auch die Mädchen in das Fach einbezogen und wirklich moderne Elemente des Militärwesens waren im Wehrunterricht nicht vorhanden. Darüber hinaus muss der Sinn konventionellen militärischen Handelns und Trainings in Zeiten atomarer Bewaffnung, die beim Einsatz nur eines Bruchteils der vorhandenen Potentiale zum Auslöschen der Zivilisation in Mitteleuropa geführt hätte, grundsätzlich in Zweifel gezogen werden.

► Einen Hinweis auf die eigentlichen Beweggründe für die Etablierung des Unterrichtsfaches scheint da schon eher ein Statement Erich Honckers bei einer Beratung des ZK der SED mit den ersten Sekretären der Partei-Kreisleitungen zu geben, in dem er forderte (ND 18./19. 2. 1978): Durch eine entsprechende Erziehung „den Jugendlichen (zu) helfen, sich in den komplizierten Situationen des internationalen Klassenkampfes zurechtzufinden, ein klares Feindbild zu besitzen und jederzeit bereit zu sein, für den Sozialismus zu handeln und ihn zu verteidigen.“

factum ▶ Wehrunterricht

▶ Noch deutlicher wurde der Verteidigungsminister der DDR Heinz Hoffmann. Der Armeegeneral äußerte vor Absolventen der Parteihochschule, dass vielen Jugendlichen in der DDR eine „hohe persönliche Einsatzbereitschaft und ein klares Freund-Feind-Bild“ (Rote Fahne, Nr. 31, 1978) fehle.

▶ Durch das pädagogische Mittel einer intensiveren Wehrerziehung an den Schulen könnte sich also die SED-Führung die Ausprägung eines „klaren Freund-Feind-Bildes“ bei den Jugendlichen und eine stärkere Vereinnahmung der jungen Generation für die eigene Politik versprochen haben. Das hieße aber auch, dass die bisherigen Mittel zur Erreichung dieser Positionen nicht ausreichend gewesen waren. Dabei war die vormilitärische Ausbildung u.a. durch die Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ bereits an den Schulen etabliert, wurde die Politik der SED im Staatsbürgerkundeunterricht und in anderen Fächern ausgiebig dargestellt und behandelt, war darüber hinaus ein breites Netz der vormilitärischen und militärischen Ausbildung sowie der Zivilverteidigung in der Berufsausbildung und an den Universitäten und Hochschulen

gespannt. Woran machte die SED-Führung die *Defizite* ihrer Jugend fest? War es ihr vielleicht gerade wegen der Entspannungspolitik und Ost-West-Annäherung mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr möglich, das Bild des aggressiven, permanent den Sozialismus bedrohenden Imperialisten in den Köpfen der eigenen Jugend aufrechtzuerhalten oder zu installieren?

▶ Bezog sich das gewünschte klare Feindbild ausschließlich auf die Imperialisten im Westen oder hatte man dabei auch an Personen in oder aus der DDR gedacht? Es fällt in diesem Kontext zumindest auf, dass in diesen Jahren in der DDR auch verstärkt Dissidenten Kritik am bestehenden System anmeldeten und Reformideen entwickelten. Zu nennen sind z.B. der Philosoph und Soziologe Robert Havemann, der Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens, der Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler Rudolph Bahro oder der Liedermacher Wolf Biermann. Alle diese Kritiker des SED-Systems sahen sich Repressionen des Staates ausgesetzt. Sie alle entstammten aber diesem System und waren sogar SED-Mitglieder gewesen. Hatte das Auftreten dieser

Abtrünnigen die Parteiführung zum Überdenken und schließlich zur Verschärfung der bisherigen Erziehungsmethoden mitveranlasst?

► Die Etablierung eines Unterrichtsfaches zur vormilitärischen Ausbildung 1978 in der DDR war kein Novum in der sozialistischen Staatengemeinschaft. So waren in der Sowjetunion bereits seit dem Wehrpflichtgesetz von 1968 in den neunten und zehnten Klassen der allgemein bildenden Schulen wöchentlich zwei Unterrichtsstunden für die vormilitärische Ausbildung der Jungen und die Schulung der Mädchen zu Belangen der Zivilverteidigung reserviert. Die DDR-Führung könnte also in Sorge gewesen sein, bezüglich der Wehrerziehung der Kinder und Jugendlichen in einen Rückstand zu den anderen Ländern des Warschauer Vertrages und insbesondere zur UdSSR zu geraten, die von Honecker

am Beginn seiner Amtszeit (1971) als Vorbildland noch einmal um einige Nummern vergrößert worden war. Liegen hier die Ursachen für den Wehrunterricht versteckt?

► Wie sah es eigentlich mit der „moralisch-sittlichen“ Situation der jungen DDR-Bürger in den siebziger Jahren aus? Könnten vielleicht auch Probleme bei der „Produktion vollseitig entwickelter Menschen“ (Marx zitiert von Honecker M. 1981: S. 20) mit zur Entscheidung für das neue Unterrichtsfach und seine disziplinierenden Ordnungsnormen beigetragen haben?

► Schließlich muss im Kontext dieser Arbeit gefragt werden, wie die verstärkte Militarisierung der Schule sich auf die Schülerinnen und Schüler auswirkte. Erreichte das SED-Regime die von ihm anvisierten Ziele oder traten andere Effekte und Folgen ein?

Die Entwicklung der Wehrerziehung in der DDR

► Am Tage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, am 7. Oktober 1949, traten erstmals bewaffnete Einheiten der kasernierten Volkspolizei vor der Partei- und Staatsführung in einer Ehrenformation an. Die in der sowjetischen Besatzungszone - wie in ganz Deutschland - nach dem zweiten Weltkrieg zunächst populäre Formel, wonach kein Deutscher jemals wieder eine Waffe in die Hand nehmen sollte, wurde damit endgültig über Bord geworfen und die Zielstellung einer militärisch organisierten Verteidigungsstrategie deutlich gemacht. Dabei sah man sich in der Linie der revolutionären deutschen Militärtradition von den Bauernkriegen (1524/25) über die 1848er Revolution bis zur Novemberrevolution (1918) und berief sich auf die von Karl Marx und Friedrich Engels konstruierte „Theorie des bewaffneten Aufstandes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie“, welche von Lenin - bezugnehmend auf die „neuen Kampfformen des Imperialismus“ - in seinen Arbeiten zum Thema „Mar-

xismus und Aufstand“ weiterentwickelt worden war.

► Durch die Veränderungen der eigenen Militärstrategie sowie durch die Korrekturen der SED- bzw. KPdSU-Politik erfuhr auch die vormilitärische Erziehung und die damit verbundene ideologische Beeinflussung der Jugendlichen im Laufe der vier Jahrzehnte DDR-Geschichte verschiedene Entwicklungs- und Veränderungsprozesse*, die aber stets eine Intensivierung der Wehrerziehung und der propagandistischen Indoktrinierung zur Folge hatte.

► Der Beginn einer ersten Etappe in der Entwicklung der vormilitärischen Ausbildung in der DDR lässt sich an der Schaffung von Wehrsportgemeinschaften der FDJ in den Jahren 1950/51 festmachen. Der offizielle Startschuss für die Wehrerziehung erfolgte aber erst im Juni 1952 während des 4. Parlamentes der FDJ. Es sollte der Eindruck entstehen, die Gründung der Wehrsportgruppen sei

* In diesem Abschnitt folge ich weitestgehend einer Einteilung von Christian Sachse, die dieser in seiner Arbeit „(Vor)militärische Ausbildung in der DDR“ verwendet hat (vgl. Sachse 1996: S. 211 ff.)

eine notwendige Reaktion der DDR auf die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die Bundesrepublik Deutschland am 27. Mai 1952. Gekennzeichnet ist dieser erste Abschnitt durch die Etablierung der für die Wehrausbildung notwendigen Organisationen. Neben der Zuweisung vormilitärischer Aufgabenstellungen an die FDJ wurde 1952 die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) gegründet, mit deren Hilfe man weite Kreise der Bevölkerung - etwa über Lehrgänge zum Fahren eines LKW oder zum Fliegen eines Segelflugzeuges - in die vormilitärische Ausbildung einbeziehen wollte. Auch die Schaffung eines Dienstes für Deutschland (1953) - der einen Arbeitsdienst für die Jugend unter militärischen Strukturen beinhaltete -, die Gründung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) sowie die Bildung von Kampfgruppen in Betrieben sind in diesem Zusammenhang zu bewerten.

► Im Mai 1953 verpflichtete das Politbüro des ZK der SED in einem Beschluss „Über die Verbesserung der Arbeit der FDJ“ alle Ebenen der Partei, bei der Erziehung der Jugend zu „echtem Patriotismus“ mitzuarbeiten und zur „Erhöhung ihrer Gesundheit und ihrer Verteidigungsbereitschaft“ beizutragen. Dies lief schließlich 1954 auf die Verpflichtung

der Freien Deutschen Jugend hinaus, alle ihre Mitglieder einer vormilitärischen Ausbildung zu unterziehen.

► Parallel zur Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag im Februar 1955 und der damit verbundenen Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO beschloss die SED-Spitze eine Erhöhung der eigenen Verteidigungsfähigkeit. Auch eine engere militärische Anbindung zu den anderen sozialistischen Staaten sollte organisiert werden. Damit verknüpft war die Intensivierung der Bemühungen bei der vormilitärischen Ausbildung. So entschied das Politbüro 1955, dass alle Arbeiter, Bauern und Angehörigen der Intelligenz im Alter von 14 bis 18 Jahren in die vormilitärische Ausbildung einzubeziehen sind und die GST mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten sei.

► In den Jahren 1955 und 56 wird in der DDR-Politik eine Veränderung der Militärstrategie vorgenommen, die von dem Autorenkollektiv um Martin Gonnermann 1987 folgendermaßen begründet wurde (Gonnermann u.a. 1987: S. 210): „Die Entwicklung der internationalen Lage Mitte der fünfziger Jahre, insbesondere die Eingliederung der BRD in die aggressive NATO und die Aufstellung der Bundeswehr

erforderte, die Verteidigungsfähigkeit der DDR durch den Aufbau nationaler Streitkräfte grundlegend zu erhöhen und zum gemeinsamen Schutz der sozialistischen Staatengemeinschaft beizutragen. Davon ausgehend und unter Berücksichtigung der Bereitschaft eines großen Teils der Werktätigen der DDR, ihr sozialistisches Vaterland zu verteidigen, beschloss die Volkskammer am 18. 6. 1956 auf der Grundlage der ergänzten Verfassung die Bildung der Nationalen Volksarmee.“ Bereits am 14. Mai 1955 hatte die DDR durch die Unterzeichnung des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigem Beistand“ in Warschau das östliche Militärbündnis mit gegründet.

► Die Formierung der NVA kennzeichnet auch den Beginn einer neuen Entwicklungsetappe in der vormilitärischen Wehrerziehung, die nun auf die Bedürfnisse einer regulären Armee ausgerichtet wurde. Dies bedeutete etwa, dass für Studenten an Hochschulen und Universitäten die Absolvierung einer umfassenden vormilitärischen Ausbildung einen Pflichtcharakter erhielt. Desweiteren sollten nun Möglichkeiten geschaffen werden, die gesamte Jugend im

arbeitsfähigen Alter im Schießen und in Geländeübungen auszubilden.

► Die Veränderung der politischen Leitsätze der Sowjetunion auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, wonach u.a. die militärische Auseinandersetzung zwischen sozialistischem und kapitalistischem System in Europa nicht mehr als unvermeidbar angesehen und als Ziel der Politik der KPdSU für das Verhältnis zwischen beiden Blöcken die friedliche Koexistenz genannt wurde, beeinflusste auch die Position der SED und ihre militärischen Plannungen. Hatte man zunächst für die NVA eine Stärke von 120.000 Mann ins Auge gefasst, wurde diese Zahl nun auf 90.000 reduziert. Dies bedeutete jedoch nicht, dass man der allgemeinen Wehrerziehung der Jugend weniger Aufmerksamkeit widmete. Die bereits aufgelegten Programme wurden nicht reduziert und im Zusammenhang mit der Vorbereitung der allgemeinen Wehrpflicht erhielten alle in die vormilitärische Ausbildung einbezogenen Organisationen Anweisungen, ihre Überzeugungsarbeit dahingehend auszurichten, dass es für jeden Jugendlichen zur Selbstverständlichkeit wird, einen zweijährigen

Militärdienst in seine Lebensplanung einzubeziehen.

► Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR durch die Volkskammer am 10. Februar 1960 wurde ein Gremium installiert, das nicht nur für die Steuerung sämtlicher militärpolitischer Aktivitäten zuständig war, sondern sich auch für die Belange der vormilitärischen Ausbildung verantwortlich zeigte. Nur kurze Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer und der Abriegelung der Westgrenzen verstärkte die DDR mit dem Verteidigungsgesetz (20. 9. 1961) und dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (24. 1. 1962) ihr Militärsystem weiter. Dies ging einher mit einer Verschärfung der vormilitärischen Ausbildung. Der Ministerrat der DDR beschloss am 24. November 1962 Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung bei den Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise zu bilden. Eine solche Kommission umfasste das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Organisationen von der SED über den Gewerkschaftsbund (FDGB), den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) bis zum Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB). Von den staatlichen Organen waren neben dem Chef des Wehrkreis- bzw. Wehrbezirkskommandos, dem Chef der Volkspolizei des Gebietes,

einem Vertreter der zuständigen Volksbildungsabteilung, einem Abgesandten des Volkswirtschaftsrates auch ein MfS-Mitarbeiter in einer solchen Kommission vertreten. Als Arbeitsschwerpunkt dieser Gremien bestimmte das Gesetz die ideologische Arbeit. Mit ihnen ließ sich nun die Wehrerziehung umfassender betreiben, wobei die Kommissionen jedoch nicht selber in Erscheinung traten, sondern ihre Anweisungen an die vertretenen Organisationen und Institutionen weitergaben und dort realisieren ließen. Die Aufgabenstellungen (z. B. Organisation von Wehrspartakiaden oder ideologische Begleitung der Musterungen) wurden zentral von der Kommission für sozialistische Wehrerziehung beim ZK der SED vorgegeben.

► Neben der Etablierung der Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung ist für den Entwicklungsabschnitt der vormilitärischen Ausbildung vom Beginn der sechziger Jahre bis 1968 vor allem die feste Einbindung der Schulen in das System der Wehrerziehung von Bedeutung. Bereits 1960 hatte es dazu erste Versuche gegeben. In einer gemeinsamen Mitteilung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralvorstandes der GST zur „Unterstützung der Wehrerziehung der Schüler und Berufsschüler“ vom 18. März 1963 wurde nun vorgege-

factum ▶ Wehrunterricht

ben, wie die vormilitärische Ausbildung an den Polytechnischen - und Erweiterten Oberschulen sowie den Berufs- und Spezialschulen zu organisieren sei. Danach sollten Schüler ab dem neunten Schuljahr für - in erster Linie von der GST ausgerichtete - wehrsportliche Veranstaltungen an den Schulen gewonnen werden. War bis dahin darauf verzichtet worden, die Verteidigungsbereitschaft als Erziehungsziel der Schule zu formulieren, verpflichtete das SED-Regime mit dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. 2. 1965 alle Einrichtungen des staatlichen Bildungswesens, sich auch in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen. Am 3. Mai 1966 fasste das ZK der SED den Beschluss, die Einflussnahme der SED auf die FDJ weiter zu verstärken. In dessen Folge wurde die vormilitärische Ausbildung an allen allgemein bildenden Schulen eingeführt. Hintergrund für diese Verschärfung der Erziehungsarbeit war offensichtlich auch ein Referat des damals im Zentralkomitee für Sicherheitsfragen zuständigen Erich Honecker bei einer Sitzung des Politbüros im Dezember 1965. Honecker berichtete, dass bei Teilen der Jugend „anarchistische Tendenzen“ und „Erscheinungen des spießbürger-

lichen Skeptizismus“ zu beobachten seien und regelmäßig alkoholische und sexuelle Exzesse stattfänden.

Mit dem Beginn der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ im Januar 1967 wurden erstmals an allen Polytechnischen Oberschulen in den Klassen 8, 9 und 10 einheitliche Programme zur vormilitärischen Wehrerziehung absolviert. Diese Wettkämpfe waren in vier Hauptteile gegliedert (MfV, 1968):

1. Ideologisch-propagandistische Veranstaltungen, die vor dem Beginn der Wettkämpfe durchgeführt wurden.
2. „Wehrsportliche Einzel- und Mannschaftswettkämpfe“ (z. B. Handgranatenzielwurf, Luftgewehrschießen, Geländelauf u. a.),
3. „Einzelwettkämpfe im Luftgewehr bzw. Kleinkaliberschießen“,
4. „Durchführung eines Geländespiels“ (z. B. mit Elementen wie Orientierungsmarsch, Überwinden von Hindernissen, Klettern, erste Hilfe).

▶ Vor dem Beginn der Wettkämpfe hatten alle Schülerinnen und Schüler - gemäß dem militärischen Charakter des Vorhabens - bei einem Appell ein Gelöbnis zu sprechen. 1968 lautete dieses wie folgt (MfV 1968):

„Wir FDJ-Mitglieder und Schüler geloben, bei den ‘Hans-Beimler-Wettkämpfen’ ehrenhafte Kämpfer zu sein und die Regeln zu achten - wir nehmen teil, um durch hohe wehrsportliche Leistungen unsere Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes zu bekunden und uns der revolutionären Kämpfer würdig zu erweisen. Wir sind bereit, ihr Werk fortzusetzen und in der vordersten Reihe für die Vollendung des Sozialismus in unserem Arbeiter- und Bauernstaat unsere ganze Kraft einzusetzen. (...) Das geloben wir!“

► Die Schülerinnen und Schüler bzw. Gruppen mit den besten wehrsportlichen Ergebnissen erhielten nach den Wettkämpfen bei einem Appell Auszeichnungen in Form von Wimpeln und Urkunden.

► Anfang der siebziger Jahre wurden die Hans-Beimler-Wettkämpfe um einen so genannten „Marsch der Bewährung“ ergänzt. Dabei sollten die Jugendlichen in ihrem Klassenverband Elemente wie Eilmarsch, Mutsprung, Überwinden von Wasserhindernissen oder das Errichten von Behelfsunterkünften und Feuerstellen auf einer Marschstrecke von zirka 10 Kilometern absolvieren.

► Bereits 1968 wurde das Programm der Wehrerziehung an den Schulen erweitert und für alle Thäl-

mannpioniere das Manöver „Schneeflocke“ eingeführt. Auch die neun- bis dreizehnjährigen Kinder hatten somit jeweils kurz vor den Winterferien Schießübungen und Geländespiele in Wettkampfform zu absolvieren. Ein Jahr später startete dann die wehrsportliche Massenaktion „Signal DDR 20“, welche in der Folge alle fünf Jahre zu den DDR-Gründungsjubiläen auch an den Schulen durchgeführt wurde.

► Am Ende der sechziger Jahre erhielt die vormilitärische Ausbildung in der DDR eine neue Qualität. Nach einem Beschluss des ZK der SED vom 19. Juni 1968 waren „Fragen der sozialistischen Wehrerziehung (SWE) (...) organisch in den gesamten Bildungs- und Erziehungsprozess einzubeziehen“ (zitiert von Günther, 1973). Die neue Verfassung von 1968 hatte den Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes zur staatsbürgerlichen Pflicht erklärt. Weitere Glieder in dieser Kette juristischer Regelungen zur Steigerung der Militarisierung der gesamten Gesellschaft waren das Zivilverteidigungsgesetz von 1970 sowie das Jugendgesetz von 1974, welches die Verteidigung der DDR und der sozialistischen Welt zur „Ehrenpflicht“ aller Jugendlichen erhob. Mit den Aufgabenstellungen des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralrates der FDJ vom

factum ▶ Wehrunterricht

9. April 1969 wurden Aktivitäten für Zielgruppen zusammengefasst, die von Kinderkrippenkindern bis zu bereits gedienten Reservisten der NVA reichten. Zur Veranschaulichung dieser Aufgabenstellungen

sei hier eine Tabelle vorgestellt, die an der Karl-Marx-Universität Leipzig 1973 im Rahmen einer wehrpolitischen Vorlesung erstellt worden war (verwendet von Sachse 1996: S. 256):

	Erziehungsträger	politisch-ideologischer Inhalt	Militärischer Inhalt
0 bis 3 Jahre	Eltern, Kindergrüppe	Gut und Böse unterscheiden	Bewegung, Spiel
3 bis 6 Jahre	Kindergarten	Unsere Soldaten	Anerziehung von Geschicklichkeit im Spiel
6 bis 10 Jahre	Schule, Junge Pioniere	Heimatliebe, Bereitschaft zum Schutz	Anerziehung von Mut und Gewandtheit
10 bis 16 Jahre	Schule, JP, FDJ, Betrieb, Patenbrigade	Vorbereitung auf Hans-Beimler-Wettkämpfe	Hans-Beimler-Wettkämpfe
16 bis 18 Jahre	EOS, Betriebsberufsschule, GST	Vorbereitung auf Wehrdienst in SED-Grundorg.	Vormilitärische Ausbildung, versch. Möglichkeiten
18 bis 26 Jahre	Betrieb, Hoch- und Fachschule, NVA, SED-Grundorg.	Vorbereitung auf praktische Ausbildung durch Militärw. und Technik	Militär. Ausbildung, Zivilverteidigung an Hochschulen
26 bis 35 Jahre	Betrieb, SED-Grundorg., Reserve NVA	Erhaltung der Wehrbereitschaft und -fähigkeit	Militär. Aus- und Weiterbildung an Hochschulen

► War das Bildungswesen bis zum Ende der sechziger Jahre nur eine Organisationseinheit der Wehrerziehung neben anderen, wurde es nun zum Zentrum einer flächendeckenden, allumfassenden vormilitärischen und militärischen Ausbildung. Um dieses Zentrum wurde das Netz von Instrumenten der wehrpolitischen und ideologischen Beeinflussung erweitert und verdichtet. So heißt es etwa in einem „Maßnahmeplan zur stärkeren Einflussnahme der Kinder und Jugendbuchverlage der DDR auf die politische, weltanschauliche, naturwissenschaftliche, moralische, ästhetische und staatsbürgerliche Bildung und Erziehung der Jugend“, der gemäß eines Beschlusses des Politbüros des ZK vom 9. 10. 1973 zu Stande kam:

„Die Liebe zur Heimat und die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung als eine entscheidende Frage ethisch-moralischer und staatsbürgerlicher Haltung gehört zu den wichtigsten Themen, die in der Kinder- und Jugendliteratur in noch stärkerem Maße literarisch behandelt werden müssen. Neben dem Leben in der NVA und den anderen bewaffneten Organen, dessen Darstellung ein großes Maß an Sachkenntnis verlangt, und dem Wirken der Kampfgruppen sollte die weitere Förderung stärker auf die eigenen Erlebnisbereiche der Jugend (GST)

gerichtet sein. Die Bemühungen der Verlage, Kinder und Jugendliche mit den Rechten und Pflichten eines Staatsbürgers bekannt zu machen und ihm die Vorzüge des Sozialismus-Kommunismus und seiner Überlegenheit aufzudecken, müssen zielstrebig fortgesetzt werden. (...) Der Ablauf der gegenwärtigen weltrevolutionären Prozesse und viele brennende aktuelle Fragen werden in der Kinder- und Jugendliteratur bisher nicht ausreichend erklärt. Unbedingt notwendig ist die verstärkte Anregung und Entwicklung von Büchern, die das Wesen des Imperialismus und das Bild des Klassenfeindes widerspiegeln.“

► Auch das Sandmännchen mit dem Abendgruß für die jüngsten Zuschauer des DDR-Fernsehens erschien nun regelmäßig in militärischer Uniform, um etwa mit Hilfe eines Brückenpanzers ein kleines Mädchen aus einer Schlucht zu retten. Sogar die bis zum Beginn der siebziger Jahre bekämpfte Beat- und Rockmusik wurde seit dem Ende der siebziger Jahre durch Veranstaltungen wie *Rock für den Frieden* in das System der ideologischen Beeinflussung mit eingespannt.

► Ein „Gesetz über die Landesverteidigung“ vom Oktober 1978 verpflichtete schließlich alle DDR-Bürger, sich an wehrerzieherischen

factum ▶ Wehrunterricht

Maßnahmen und Übungen zu beteiligen.

▶ Aufgrund der Komplexität dieser Phase der allumfassenden vormilitärisch (bzw. militärisch)-ideologischen Wehrerziehung werde ich nun in weiteren Unterpunkten spe-

ziell auf die jeweils besonderen Situationen an den Berufsschulen, den Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen; an den Universitäten und Hochschulen sowie an den Polytechnischen Oberschulen vor der Einführung des Wehrunterrichtes eingehen.

Die Wehrerziehung in der Berufsausbildung sowie an den Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen.

▶ Durch eine im Mai 1968 getroffene Vereinbarung zwischen dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik, dem Zentralrat der FDJ, dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes und des Ministeriums für Volksbildung mussten ab dem Schuljahr 1968/69 alle Schüler der zum Abitur führenden Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen, alle Lehrlinge der Berufsausbildung sowie die meisten Fachschüler eine wehrerzieherische Ausbildung an ihren Bildungsstätten absolvieren. Für zunächst eine und später etwa zwei Wochen durchliefen dabei die Mädchen einen Zivilverteidigungslehrgang und die Jungen eine vormilitärische Ausbildung in Lagern bzw. in örtlichen, in die Schulen integrierten Ausbildungsobjekten. Diese waren mit Elementen ausgestattet,

wie man sie auch in regulären Armeekasernen finden kann. So besaß etwa die Berufsschule des Betriebes Baumechanisierung in Halle einen eigenen - fest gebauten - Schießplatz und eine Sturmbahn. Dem Bedarf der NVA folgend, besaß die Wehrerziehung der Jungen bereits den Charakter und die Zielstellung einer militärischen „Laufbahnausbildung“ zum Motorisierten Schützen, Fallschirmspringer oder Militärkraftfahrer, welche nach der Musterung der Jugendlichen (in der Regel im Alter von 17 oder 18 Jahren) in deren Wehrpass fixiert wurde. Dementsprechend erfolgte auch die Gestaltung der militärischen Übungen. Die Ausbildung zum Motorisierten Schützen umfasste zum Beispiel neben dem Schießen mit dem Maschinengewehr auch Übungen

wie das Durchlaufen der Sturmbahn, das Eingraben im Gelände, eine Sanitätsausbildung, topographische Übungen oder das Marschieren in militärischer Formation.

► Die Ausbildung der Mädchen richtete sich nach den Anforderungen des Systems der Zivilverteidigung, welches den Schutz vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln, den Schutz vor Katastrophen und die Weiterführung der Produktion im Kriegsfall gewährleisten sollte. Dementsprechend umfasste die ZV-Ausbildung neben Elementen der ersten Hilfe auch das Einrichten eines Bunkers oder das Trainieren des richtigen Verhaltens bei einem Atomschlag.

► Sowohl Mädchen als auch Jungen trugen während dieser Wochen der Wehrausbildung die Uniformen der GST.

► Neben diesen praktisch-technischen Schulungen beinhaltete die Wehrerziehung der 16- bis 18-jährigen Jugendlichen auch einen wehrpolitisch-ideologischen Abschnitt. Für das Ausbildungsjahr 1977/78 wurden in diesem Zusammenhang folgende Schwerpunkte von zentraler Stelle hervorgehoben (Pitschel 1978: S. 75):

- „Klassenauftrag und persönliches Lebensinteresse der Jugend,

- über den Sinn des Soldatseins,
- friedliche Koexistenz und unser militärischer Auftrag,
- Aggression über Ätherwellen.“

► Als dritte Säule dieser vormilitärischen Ausbildung der Lehrlinge und EOS-Schüler kann die Werbung der Jungen für einen verlängerten Militärdienst als Unteroffiziere bzw. Offiziere gesehen werden. Dies geschah in Gruppen- und Einzelgesprächen mit dafür verantwortlichen Lehrern, wobei u.a. Schüler - die nicht eine solche Laufbahn einschlagen wollten - Gründe nennen mussten, weshalb sie zu keiner Verlängerung ihres „Ehrendienstes“ bereit waren.

► Trotz einiger ergänzender Direktiven, Verordnungen und Anweisungen kann die skizzierte Darstellung der Wehrerziehung in den Bereichen der Berufsausbildung, der Erweiterten Oberschulen und der Spezialschulen für die gesamte Entwicklungsphase vom Ende der sechziger Jahre bis zum Ende der DDR gelten. Eine Verweigerung dieser vormilitärischen Ausbildung war nicht möglich. So heißt es im Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. Juni 1977 (zitiert von Sachse 1996: S. 243 f.):

„Der Lehrling ist verpflichtet, während des Lehrverhältnisses an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen, sich militärpolitische und

factum ▶ Wehrunterricht

militärfachliche Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen bzw. an den Maßnahmen der Zivilverteidigung mitzuwirken.“

▶ Neben diesem - für alle Jugendliche obligatorischen - Programm der vormilitärischen Ausbildung bestand der wehrerzieherische Einfluss gegenüber dieser Alterszielgruppe

auf freiwilliger Basis - etwa durch die GST-Fahrschulbildung oder die GST-Wehrspartakiaden - selbstverständlich fort. Desweiteren existierte der propagandistisch-ideologische Einfluss des SED-Regimes (z. B. durch das Fach Staatsbürgerkunde) auch im normalen Unterricht aller 11. und 12. Klassen.

Die Wehrerziehung an den Universitäten und Hochschulen

▶ Wie bereits erwähnt, war die Absolvierung einer vormilitärischen Ausbildung für Studenten an Universitäten und Hochschulen in der DDR seit Mitte der fünfziger Jahre obligatorisch. Doch auch in diesem Bereich wurde in der letzten Entwicklungsphase der Wehrerziehung eine Verschärfung sichtbar. Die Aneignung militärischer Kenntnisse und Fertigkeiten sollte nun fest in den gesamten Studienprozess integriert werden. Ergänzend dazu erfolgte die ideologische Beeinflussung der Studentinnen und Studenten. In einer Direktive des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen für das Studienjahr 1984/85 heißt es dazu u. a. (MfHF, 1984):

„Die sozialistische Wehrerziehung ist vorrangig zu richten auf:

- die Vertiefung der Erkenntnisse der Verteidigungswürdigkeit des sozialistischen Vaterlandes und seiner ernstesten Bedrohung durch die aggressive imperialistische Militärpolitik; (...)
- die Erhöhung der Bereitschaft der Studenten für einen persönlichen Beitrag zur Stärkung der Landesverteidigung, zu besten Ergebnissen in der Reservistenqualifizierung und Zivilverteidigungsausbildung;
- die Erhaltung und Stärkung der persönlichen Kampfbereitschaft und physischen Leistungsfähigkeit der gedienten Reservisten vor allem durch ihre umfassende Teil-

nahme an den Aufgaben der GST und der Reservistenkollektive.“

► Jeder Rektor einer Hochschule oder Universität hatte für seine Einrichtung eine Führungskonzeption der Wehrerziehung zu erstellen. Aus denen des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1983 und des Rektors der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen von 1987 geht eine Zweiteilung der Studentenschaft in bereits gediente Reservisten auf der einen und Frauen bzw. ungediente oder Wehrdienstuntaugliche Männer auf der anderen Seite hervor. Die erste Gruppe hatte eine Reservistenqualifizierung mit militärtypischen Übungen zu absolvieren. Die anderen Studentinnen und Studenten führten Übungen im Rahmen der Zivilverteidigung durch. Der zeitliche Rahmen der ZV-Ausbildung bzw. der Reservistenqualifizierung betrug fünf Wochen, die in der Regel am Ende des 2. Studienjahres absolviert wurden.

► Hinsichtlich der politischen Arbeit wurde nach der Konzeption des Jenaer Rektors bei der Ausbildung der Reservisten besonderes Augenmerk gelegt auf (Führungskonzeption des Rektors der FSU, 1983):

• „Ihre frühzeitige politische Entscheidung, bereit zu sein, Offizier

der Reserve zu werden; (...)

- die Unterstützung der Auswahl und Vorbereitung der als Ausbilder, Reserveoffiziersanwärter, Politreservekader und Funktionäre vorgesehenen Studenten; (...)
- die Gewinnung von gedienten Reservisten/Studenten der Grundstudienrichtungen Medizin und Stomatologie als Offiziere auf Zeit für die NVA.“

► Bei den Studentinnen und Studenten die an der Zivilverteidigungsausbildung teilnahmen, konzentrierte sich die politische Arbeit vor allem auf (Führungskonzeption des Rektors FSU, 1983):

- „ihre Bereitschaft, nach dem Studium eine Führungsposition in der Zivilverteidigung zu übernehmen; (...)
- die sorgfältige Auswahl und Vorbereitung, der als Ausbilder, Funktionäre und Sicherstellungskräfte vorgesehenen Studenten...“

► Sowohl gediente Reservisten wie auch die Teilnehmer der ZV-Ausbildung hatten sich im Verlauf ihres Studiums berufsspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten aus dem Bereich der Zivilverteidigung anzueignen. Die entsprechenden Ausbildungsinhalte waren in die Lehre aller Fachrichtungen zu integrieren. Vor allem bei den zukünftigen Lehrern wurde der Aneignung

einer fachspezifischen wehrerzieherischen Vermittlerrolle während des Studiums größte Bedeutung beigemessen.

► Am Beginn eines jeden Studienjahres fand an den Universitäten und Hochschulen in der DDR eine sogenannte „zentrale Weiterbildungswoche“ statt, die durch eine allgemeine ideologisch-politische Indoktrination der Studenten geprägt war und

bei der auch wehrerzieherische Themen behandelt wurden.

► Natürlich gehörte das Studium des Marxismus-Leninismus - einschließlich der marxistischen Lehre vom Krieg sowie der Militärdoktrin des Warschauer Vertrages - für alle Studenten zum Standardrepertoire und war der ideologisch-propagandistische Bezug in die Lehre aller Fachbereiche verwoben.

Die Wehrerziehung an den Polytechnischen Oberschulen vor dem 1. September 1978

► Nach der Etablierung der Hans-Beimler-Wettkämpfe sowie der Pioniermanöver an den allgemeinbildenden Schulen war die SED-Führung am Beginn der siebziger Jahre bestrebt, ihr System der Wehrerziehung an den Polytechnischen Oberschulen weiterzuentwickeln. 1972 war an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin eine Arbeitsgruppe „Sozialistische Wehrerziehung“ unter der Leitung von Prof. Dr. König gebildet worden. Auf wissenschaftlicher Basis und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksbildung, dem Institut für Jugendforschung in Leipzig oder der politischen Hauptver-

waltung der NVA sollte sich die Akademie insbesondere um die Verbesserung der vormilitärischen Ausbildung an den Schulen kümmern. Die Einführung von „Arbeitsgemeinschaften Wehrausbildung“ im Schuljahr 1973/74 ging bereits auf einen Vorschlag dieser Arbeitsgruppe zurück. Durch diese Arbeitsgemeinschaften erreichte man nun einen Teil der Kinder und Jugendlichen regelmäßig mit militärischen Übungen. Der dabei vermittelte fakultative Unterricht wurde von einem Rahmenprogramm vorgegeben, das neben der Auseinandersetzung mit „Grundfragen der sozialistischen Landesverteidigung“ auch Gelände-

spiele, Schießübungen, militärische Ordnungsübungen sowie eine Sanitätsausbildung umfasste. Zu dem zentral gesteuerten Aufbau dieser „Arbeitsgemeinschaften Wehrausbildung“ entwickelten sich an vielen Schulen und Pionierhäusern zusätzliche Gruppen und Zirkel „Junger Funker“, „Matrosen“, „Agitatoren“, „Schützen“ oder „Fuchsjäger“. An der 4. POS in Zeitz gab es sogar eine AG „Junge Tschekisten“ - die Schüler in geheimdienstliche Aufgabenfelder einführte. Neben der militärisch-technischen Ausbildung und ideologischen Indoktrination bestand die Zielstellung aller dieser Zirkel und Gruppen auch darin, frühzeitig das Interesse von Kindern und Jugendlichen für eine Berufskarriere bei der NVA, der Volksmarine oder eben auch beim Ministerium für Staatssicherheit zu wecken. Dabei waren die jeweiligen AG-Leiter, aber auch die Klassenleiter oder Direktoren einer Schule bemüht, die Jugendlichen möglichst früh zur Unterzeichnung einer „Verpflichtungserklärung“ für einen solchen Beruf zu bringen. Die Schüler die eine solche Erklärung abgegeben hatten, wurden zusätzlich in so genannten „Bewerberkollektiven“ auf ihren späteren Einsatz vorbereitet.

► Zu der Erweiterung der Möglichkeiten der direkten wehrerzieherischen Ausbildung der Schülerinnen

und Schüler wurde die wehrideologische Beeinflussung als Unterrichtsprinzip - die mehr oder weniger versteckt seit den fünfziger Jahren bestand - in allen Fächern weiter vorangetrieben. So benennen etwa die Unterrichtshilfen für die Sportklassen neun und zehn „die volle Entwicklung der physischen Voraussetzungen für die Landesverteidigung“ (Endert/Hofmann 1972: S. 9) als eine der Hauptaufgaben des Sportunterrichtes. Weiter heißt es in diesem Buch (S. 11):

„Der Sportlehrer muss bei seiner Einflussnahme so weit vorankommen, dass die Schüler anhand vieler Beispiele aus unserer Zeit von sich aus erkennen, dass es keinen unpolitischen Sport gibt.“

► Im Mathematikunterricht beschränkte man sich nicht mehr darauf in Textaufgaben für normale Personen Soldaten und für einfache LKW Militärtransporter oder Panzer einzusetzen. Das Handbuch für Klassenleiter, Lehrer und Erzieher der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften von 1974 gab vor (zitiert von Henrich 1978: S. 117):

„Es kommt vielmehr darauf an, solche Sachverhalte aus dem militärischen Bereich auszuwählen und mathematisch zu erfassen, die für die verschiedenen Formen der sozialistischen Wehrerziehung nützlich sind.“ Für den Russischunterricht stellt die

factum ▶ Wehrunterricht

selbe Quelle heraus (S. 119):

„...dass die russische Sprache an gesellschaftlicher Bedeutsamkeit gewinnt und für sich auch in Bezug auf den Wehrdienst und die sprachliche Verständigung mit den Angehörigen der Sowjetarmee und der anderen sozialistischen Bruderarmeen von großem Nutzen ist.“

▶ Im Heimatkundebuch für die vierten Klassen wurde dem *Schutz der Staatsgrenze* ein eigenes Kapitel eingeräumt und insbesondere der Einsatz der NVA und der Grenztruppen 1961 beim Bau der Berliner Mauer und der Grenzabspernungen zur Bundesrepublik geschildert.

▶ Volksbildungsministerin Margot Honecker beschrieb 1974 die ideologische Aufgabenverteilung im Unterricht der Polytechnischen Oberschule folgendermaßen (Honecker, M. 1974: S. 32):

„In Staatsbürgerkunde, Geschichte, Literatur, Kunsterziehung und Musik ist die marxistisch-leninisti-

sche Ideologie unmittelbar Unterrichtsgegenstand. In den naturwissenschaftlichen Fächern und im polytechnischen Unterricht lernen die Schüler, dass sich die Welt nach objektiven Gesetzen entwickelt, dass sie erkennbar ist und dass die Erkenntnisse der Naturwissenschaften und Technik für die revolutionäre Veränderung der Praxis zum Wohle der Menschen genutzt werden muss.“

▶ Bereits vor der Einführung des Wehrunterrichtes am 1. September 1978 war also ein enges und abgestimmtes System der Wehrerziehung und der ideologischen Beeinflussung an den Polytechnischen Oberschulen und im gesamten Bildungssystem der DDR etabliert, das sich auch an den militärischen Ordnungsformen der Schulen wie Appellen oder Meldungen durch einen Ordnungsdienst an die Lehrer zu jeder Unterrichtsstunde zeigte, und dem sich die Schülerinnen und Schüler kaum entziehen konnten.

Die Gründe für die Einführung des Wehrunterrichtes

► Einen ersten Hinweis auf die Absicht - in der DDR ein reguläres Unterrichtsfach Wehrunterricht einzuführen - gibt ein Papier das Prof. Dr. Karl Heinz Günther von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin 1973 zur Situation der Wehrerziehung für die Partei- und Staatsführung erstellt hat. Der Autor betont darin, dass es in allen anderen Staaten des Warschauer Vertrages seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ein ordentliches Unterrichtsfach an den allgemein bildenden Schulen zur Vorbereitung der Jungen auf den Wehrdienst bzw. zur Schulung der Mädchen für spätere Aufgaben in der Zivilverteidigung oder im Gesundheitsdienst gibt. So unterrichteten militärkundige Lehrer oder Reserveoffiziere in Polen ab dem 7. Schuljahr und in der CSSR bereits ab dem 6. Schuljahr ein solches Fach in jeweils einer Wochenstunde. Ähnliches ließ sich zu diesem Zeitpunkt auch zur Situation des Wehrunterrichtes in Bulgarien, Ungarn oder Rumänien berichten. In der Sowjetunion bestanden bezüglich des Wehrunterrichtes zwei Schwerpunkte:

- Die Propagierung der revolutionären und militärischen Tradition der UdSSR sowie
- Die Vermittlung elementarer

Kenntnisse und praktischer Fertigkeiten an die Schüler.

► Verantwortlich für diesen wehrerzieherischen Unterricht - der für SchülerInnen der 9. und 10. Klassen stattfand - waren der Direktor der Schule, die örtlichen Volksbildungsorgane, die örtliche Militärkommandantur und die Jugendorganisation Komsomol. Als Lehrer hatte man Reserveoffiziere der Roten Armee mit militärischer und pädagogischer Hochschulausbildung eingesetzt. Der Umfang des Wehrunterrichtes betrug zwei Wochenstunden, so dass die Jungen und Mädchen der 9. und 10. Klassen in der Sowjetunion etwa siebenzig Stunden pro Jahr in diesem Unterrichtsfach absolvieren mussten. Als Inhalte des Lehrplanes nennt Günther (Günther, 1973):

- „1. Die sowjetischen Streitkräfte, ihr Charakter und ihre Besonderheiten.
2. Die allgemeinmilitärische Ausbildung.
3. Die militärische Ausbildung.
4. Die Zivilverteidigung.
5. Die Spezialausbildung von Sanitätern (nur für Mädchen).“

► Zu diesen normalen Unterrichtsstunden hatten die Jungen der 9. Klassen im Frühjahr und im Sommer

factum ▶ Wehrunterricht

während des Produktionspraktikums insgesamt fünf Tage (30 Stunden) taktische Übungen im Gelände, Schießübungen mit dem Schnellfeuergewehr sowie andere militärische Übungen durchzuführen. Zudem wurde an den Schulen in der UdSSR noch fakultativer vormilitärischer Unterricht in einem Umfang von bis zu 70 Stunden pro Jahr angeboten. Im Rahmen von Zirkeln zum Erlernen des Militärwesens erhielten die sowjetischen Schüler selbst in den Ferien ein- bis zweimal im Monat militärische Lehrfilme vorgeführt oder absolvierten entsprechende Übungen.

▶ Die Leistungen, die die sowjetischen Mädchen und Jungen der 9. und 10. Klassen im Wehrunterricht erbrachten, wurden mit dem landesüblichen Zensurensystem bewertet und in den Zeugnissen fixiert. Nur wer auch die vormilitärische Ausbildung erfolgreich absolviert hatte, erhielt ein Abschlusszeugnis der allgemein bildenden Schule.

▶ Im Vergleich dazu bemängelte Günther für das System der Wehrerziehung in der DDR eine ungenügende Integration in den Schulunterricht, die er konkret an fehlenden

Unterrichtsmaterialien, der schlechten Qualität der Lehrer, den mangelnden Kenntnissen der Jugendlichen hinsichtlich militärisch-technischer und militärisch-politischer Angelegenheiten sowie der ungenügenden Hilfe durch pädagogische Fachzeitschriften festmachte. Dementsprechend forderte er, die Qualität der Wehrerziehung durch die Ausnutzung aller im Unterricht und im außerunterrichtlichen Bereich vorhandenen Potenzen zu erhöhen. Grundsätzlich stellte der Autor fest (Günther, 1973):

„Die politische und militärische Notwendigkeit, die Integration in die SWE (Sozialistische Wehrerziehung) der sozialistischen Staatengemeinschaft, Vergleiche und Analysen lassen es notwendig erscheinen, die Einführung der vormilitärischen Ausbildung im Sinne eines speziellen Faches mit max. 120 Stunden in den Klassen 9 und 10 zu überprüfen.“

▶ Karl Heinz Günther geht 1973 in dem genannten Text auch auf die Einstellungen von Jugendlichen zum sozialistischen Staat und zu dessen Verteidigung ein. Er bezieht sich bei seinen Äußerungen auf eine Untersuchung, die kurz zuvor von der Pädagogischen Hochschule Erfurt/

Mühlhausen an 5000 SchülerInnen, hunderten von LehrerInnen und VorschulerzieherInnen sowie in der NVA zu diesem Thema durchgeführt worden war, so dass man insgesamt dafür etwa 12000 Personen befragt hatte. Als Schlussfolgerung dieser Studie stellt Günther heraus, dass „es offenbar einen Widerspruch zwischen sehr guten Selbsteinschätzungen der Schüler zum Grund der Herausbildung von Eigenschaften eines jungen Sozialisten einerseits und der tatsächlichen vorhandenen Handlungsbereitschaft andererseits gibt...“ Die Schüler hatten „allgemeine Bekenntnisse zu unserem Staat, zur Arbeiterklasse und zu ihrer Partei, zum sozialistischen Lager und zur Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes des Sozialismus“ abgegeben, waren aber oft nicht bereit gewesen „ein abgegebenes Bekenntnis mit der Tat in einer Bewährungssituation zu bestätigen. Das betrifft vor allem die Bereitschaft, einen militärischen Beruf zu ergreifen, die wehrsportliche Betätigung, die Anerkennung von Ordnungsformen und die einheitliche Kleidung.“ Eine gute Illustration des von Günther angesprochenen Widerspruches zwischen allgemeiner verbaler Bekenntnis und „mangelndem“ persönlichen Bezug gibt in diesem Zusammenhang die Einschätzung des westdeutschen Imperialismus durch die Jugendlichen. Nahezu 9 von 10

Schülern bezeichneten in der Untersuchung diesen - gemäß der vorgegebenen Lernziele - als „Hauptfriedensgegner in Europa“. Der Aussage: „Jeder Bürger eines imperialistischen Landes, der in dessen Armee dient, ist mein Feind. Das gilt im vollen Umfang auch für die Bundeswehr“, wollten sich jedoch nur 39,4 % der Schüler des 8. Schuljahres und 23,5 % des 12. Schuljahres anschließen. 44,5 % der 17- bis 18-jährigen antworteten hier sogar eindeutig mit „nein“.

► Weitere Sorgenfalten dürfte den Verantwortlichen in der Partei- und Staatsspitze der DDR 1973 eine Studie des Zentralinstitutes für Jugendforschung in Leipzig auf die Stirn getrieben haben, für die Prof. Dr. Walter Friedrich verantwortlich zeichnete. Die Arbeit mit dem Titel: „Der sozialistische Patriotismus unserer Jugendlichen und einige Probleme der nationalen Frage“, beschäftigte sich mit dem Entwicklungsstand des „sozialistischen Patriotismus“ der Jugendlichen in der DDR, der Einstellung dieser zum „Sozialdemokratismus“ in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Sicht der Jugendlichen auf die „gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten...“ Die Untersuchung wurde im Auftrag des Zentralrates der FDJ im März 1973 an 1155 Jugendlichen

factum ▶ Wehrunterricht

im Alter von 14 - 26 Jahren durchgeführt, die sich etwa zu gleichen Teilen aus Facharbeitern, Lehrlingen und Studenten zusammensetzten. Es wurde betont, dass die ausgewählten Jugendlichen nur als eingeschränkt repräsentativ betrachtet werden können, da sie vorwiegend Mitglieder guter Jugendkollektive mit außerordentlich positiver politisch-ideologischer Arbeit seien. Trotzdem waren nur 68 % dieser Jugendlichen „ohne Einschränkungen“ stolz junge DDR-Bürger zu sein. Ebenfalls etwa zwei Drittel der Befragten waren stolz auf ihre FDJ-Mitgliedschaft. Bezüglich der vorgegebenen Aussage: „Als mein Vaterland betrachte ich nicht ‘ganz Deutschland’, sondern nur die DDR“, antworteten 64 % der Facharbeiter, 75 % der Lehrlinge und 71 % der Studenten mit: „Das ist vollkommen meine Meinung. 23 % der Facharbeiter, 16 % der Lehrlinge und 19 % der Studenten wollten dies nur „mit gewissen Einschränkungen“ von sich feststellen lassen und immerhin 11 % der jungen Arbeiter, 7 % der Lehrlinge und 5% der Studenten gaben an, dass sie sich mit dieser Meinung „kaum“ oder „überhaupt nicht“ identifizieren können. Erläuternd stellt die Studie fest, dass bei vielen Jugendlichen noch immer

„unklare Vorstellungen“ über Nation und Vaterland bestehen. Dies zeigen auch die Ergebnisse hinsichtlich der Feststellung der Standpunkte zur Notwendigkeit einer strikten Abgrenzungspolitik der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Nur ein Drittel der Probanden sah dies als „vollkommen“ notwendig an, die Mehrheit „mit gewissen Einschränkungen“ und etwa ein Viertel der Befragten war der Meinung, dass „kaum“ oder „überhaupt nicht“ der Bedarf für eine derartige Politik bestehe. Den Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten betrachteten nur etwa die Hälfte der Jugendlichen als ein deutliches Ergebnis der „Politik der konsequenten Abgrenzung vom Imperialismus“ - und somit von der BRD - durch die DDR. Bezüglich der allgemeinen „Entwicklung des Feindbildes“ der jungen DDR-Bürger vergleicht die Untersuchung die Werte von 1973 mit solchen aus dem Vorjahr. Danach gaben 1972 60 % der Facharbeiter, 58 % der Lehrlinge und 52 % der Studenten an, die Feinde des Sozialismus genau zu kennen. 1973 sollen 74 % der Facharbeiter, 76 % der Lehrlinge und 62 % der Studenten dieser Ansicht gewesen sein. Weitere Ergebnisse der Untersu-

chung - die eigentlich in einigen Belangen im Widerspruch zu den gerade dargestellten Werten liegen - weisen noch stärker darauf hin, „dass bei einer nicht unbeträchtlichen Anzahl Jugendlicher in Diskussionen über die gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten der Gedanke einer Wiedervereinigung nach wie vor präsent ist“. 38 % der Facharbeiter, 45 % der Lehrlinge und 37 % der Studenten antworteten auf die Frage - ob es noch einmal zu einer Vereinigung zwischen beiden deutschen Staaten kommen wird - mit „ja“. Lediglich 35 % der jungen Arbeiter, 36 % der Lehrlinge und 37 % der Studenten waren der Meinung, dass dies nicht mehr der Fall sein wird. Mehr als die Hälfte der Befragten gaben sogar an, dass sie eine Wiedervereinigung Deutschlands begrüßen würden. In der Sichtweise der Untersuchung zeigten sich bei 25 % der jungen Facharbeiter, 8 % der Lehrlinge und 6 % der Studenten - die eine Wiedervereinigung für möglich hielten - besondere Defizite in der patriotisch-sozialistischen Einstellung. Sie sagten für den zukünftigen Staat sowohl imperialistische wie sozialistische Merkmale vorher. Jeweils 1 % der Lehrlinge und Studenten waren sogar der Meinung, dass das geeinte Deutschland ein imperialistischer Staat sein würde.

► Die Studie begründet diese für die SED alarmierenden Daten („Die Werte müssen sehr ernst genommen werden.“) vor allem mit „Illusionen über die Rolle der SPD als Regierungspartei in der BRD“, der sozialdemokratischen Deutschland- und Ostpolitik sowie mit der Person Willy Brandts. Illustriert wird diese letzte Bewertung noch durch eine in die Untersuchungsbögen eingearbeitete offene Frage, bei der die Jugendlichen den Namen einer Persönlichkeit nennen sollten, die sich „in den letzten Jahren um den Frieden in der Welt und um die Völkerverständigung besonderes verdient gemacht hat.“ 12 % der Lehrlinge und Studenten sowie 14 % der Facharbeiter schrieben hier den Namen Brandt nieder. Bezieht man in diesen Zusammenhang noch den Umstand mit ein, dass mehr als ein Drittel der Probanden hier keine Antwort gab, werden diese Prozentzahlen noch frappierender.

► Eine andere Ursache für die beunruhigenden Ergebnisse sah die Untersuchung in den „bedeutsamen Veränderungen im internationalen Klima“, wie sie etwa an der „Durchführung der 1. Phase der Europäischen Sicherheitskonferenz“ sichtbar wurden. Als Schlussfolgerungen ihrer Studie gibt das Papier des Zentralinstitutes für Jugendforschung an (Friedrich, 1973):

„...Erfolge bei der konsequenten Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz dürfen unter keinen Umständen zu einem Nachlassen der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus führen. An der ideologischen Front herrscht keine Waffenruhe. (...) Das gilt besonders für die Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus in der BRD.“

► Als Konsequenz ihrer Untersuchungen forderte die Arbeitsgruppe des Zentralinstitutes für Jugendforschung um Walter Friedrich, den Organisationsgrad der SED bei den Jugendlichen zu erhöhen, da bei den jungen Genossen die *besten* Ergebnisse festgestellt werden konnten. Desweiteren sollte durch eine Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit klar gemacht werden, „dass in der DDR die nationale Frage endgültig im Sinne der historischen Mission der Arbeiterklasse gelöst wurde und dass die sozialistische Nation in der DDR im unüberbrückbaren Gegensatz zur alten, in der BRD fortbestehenden bürgerlichen Nation steht. (...) Dabei kommt es vor allem darauf an, die Demagogie durchschaubar zu machen, die dahinter stehenden Absichten zu entlarven und dem

imperialistischen Wunschenken eine klare und parteiliche sozialistische Alternative entgegenzuhalten.“

► Ein weiterer Bericht - der etwa bei Verteidigungsminister Hoffmann mit zu seiner Einschätzung vom mangelnden „Freund-Feind-Bild“ bei vielen Jugendlichen beigetragen haben dürfte - ist ein Informationsschreiben des Zentralrates der FDJ an das Politbüro des Zentralkomitees von 1974. In diesem Schreiben wird festgestellt, dass es vielen jungen Menschen in der DDR Schwierigkeiten bereite, „die konkreten internationalen Ereignisse der Klassenausinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus immer ausgehend vom Charakter unserer Epoche zu beurteilen und die Dialektik des Klassenkampfes zu erfassen“. Ein „beträchtlicher Teil“ der jungen Leute würde nicht konsequent genug die „imperialistische Entwicklung“ in der Bundesrepublik verurteilen. Bei vielen Jugendlichen blieben noch immer die „Parolen des Gegners“ vom Fortbestand der „Einheit der Nation“ und den „besonderen Beziehungen“ zwischen der DDR und der BRD nicht ohne Wirkung. Auch würde es der jungen Genera-

tion mitunter schwer fallen, „das reaktionäre Wesen des Imperialismus zu erkennen, wenn es durch eine raffinierte Propaganda verschleiert wird“, wie dies etwa beim Westfernsehen der Fall sei.

► Ebenfalls 1974 stellte der im ZK der SED für Jugendfragen zuständige Sekretär Paul Verner in einem Entwurf zu einem Referat an der FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ fest, „dass der USA Imperialismus unter den Jugendlichen nicht mehr so entschieden verurteilt wird, wie zur Zeit der Aggression in Vietnam.“

► Auf die Probleme der Abschwächung des sozialistischen Patriotismus und der gesunkenen Ausprägung eines klaren Feindbildes im Zusammenhang mit dem internationalen Entspannungsprozess und den damit verbundenen „taktischen Wendungen der eigenen Politik“ machte auch ein Schreiben der Abteilung Jugend des ZK vom 20. Januar 1975 aufmerksam. Von den Jugendlichen würden die „aggressiven Tendenzen des Imperialismus“ unterschätzt, heißt es darin, was sich z.B. in ihrer mangelnden Bereitschaft „zur Stärkung der Armee“ zeige.

► Ein Beweis dafür, wie sehr der SED-Spitze die Defizite der eigenen Jugend auf den Nägeln brannten und wie peinlich sie ihr gegenüber den

anderen sozialistischen Staaten waren, ist ein Informationspapier des ZK über die Mitarbeit der DDR an einer Untersuchung der internationalen Problemkommission „Die Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozess“. Bei diesem Projekt - an dem neben der DDR auch die UdSSR, die VR Ungarn, die VR Bulgarien, die CSSR und die VR Polen beteiligt waren - sollte es auch um den Stand der patriotisch-sozialistischen Entwicklung der Jugendlichen gehen. Dieser sollte mit Hilfe von weitestgehend einheitlichen Fragebögen bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren in den beteiligten Ländern festgestellt werden. Vom Vertreter der DDR in dieser Kommission (Werner Gerth) wurde jedoch eine solche Vorgehensweise und insbesondere der damit verbundene Austausch des Datenmaterials unter Berufung auf einen Beschluss des ZK der SED strikt abgelehnt und stattdessen die Bedeutung einer stärkeren „theoretischen Arbeit“ für das Gesamtkonzept des Projektes betont. Vor allem der sowjetische Vertreter (Prof. Schubkin) und der ungarische Vertreter (Dr. Gazso) übten dem Papier zu Folge scharfe Kritik an dieser Verweigerungshaltung der DDR.

► Dass sich das SED-Regime von der Einführung des Wehrunterrichtes eine Verbesserung der politischen

factum ▶ Wehrunterricht

Einstellung der Jugendlichen in seinem Sinne versprach, zeigt auch ein Text von Günther aus dem Jahre 1983 mit dem Titel „Zur weltanschaulichen Fundierung der patriotischen und internationalistischen Erziehung der Schüler“. Der Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR äußerte darin (Günther 1983: S. 43): „Wir gingen bei unseren Untersuchungen von der Erkenntnis aus, dass sich patriotisches und internationalistisches Denken und Handeln im Prozess der aktiven, pädagogisch geführten Tätigkeit der Schüler ausbildet und entwickelt.“

▶ Hinweise darauf, dass sich die Feststellung von Mängeln der Jugendlichen hinsichtlich der Ausprägung eines klaren „Freund-Feind-Bild(es)“ nicht nur auf die Gegner außerhalb der Grenzen der DDR bezogen und die SED-Führung die Verstärkung der ideologischen Indoktrination der Schüler auch aus inneren Gründen für notwendig erachtete, geben z.B. einige in den siebziger Jahren entstandene Texte und Referate von Volksbildungsministerin Margot Honecker. So berichtet die Ministerin in einer Arbeit für das Jahrbuch der Akademie der

Pädagogischen Wissenschaften der DDR von 1974, dass noch immer „Überreste des Alten im Denken und in der Verhaltensweise“ (Honecker M. 1974: S. 25 f.) von DDR-Bürgern zu beobachten seien. Die Auseinandersetzung mit diesen „Einflüssen der bürgerlichen Ideologie“ mache es erforderlich, „der Schuljugend noch besser unsere sozialistische Weltanschauung zu vermitteln...“ In diesem Sinne äußerte sich Frau Honecker auch in der Folgezeit und referierte etwa auf dem IX. Parteitag der SED 1976 (Honecker, M. 1977: S. 22 f.):

„Wir müssen die Jugend zu einer revolutionären Ungeduld gegenüber allem erziehen, was nicht in unsere Zeit passt. (...) Unsere Erziehung muss darauf gerichtet sein, dass die Jugend für das Neue, Vorwärtsdringende eintritt, dass sie zum aktiven Handeln und nicht zu passiven Betrachten oder zu Kritikastern erzogen wird.“

▶ Dass mit der Bekämpfung von allem, „was nicht in unsere Zeit passt“ auch Oppositionelle wie Bahro, Havemann oder Biermann gemeint waren, wird etwa in einer Rede der Volksbildungsministerin 1978 auf dem VIII. Pädagogischen Kongress der DDR deutlich, in der

sie in diesem Zusammenhang von der „Betrachtungsweise weniger, dem Sozialismus Abtrünniger“ (Honecker M. 1980: S. 24) sprach.

► Einen deutlichen Hinweis sowohl auf die Bedeutung, die man innerhalb der SED-Führung dem Problem der Opposition beimaß, als auch auf die Konsequenzen, die sich für das Regime daraus ergaben, gab auch der Generalsekretär der SED. Erich Honecker sagte 1975 im Neuen Deutschland (zitiert von Spittmann 1990: S. 48 f.):

„Gewiss gibt es auch bei uns hier und da noch Menschen, die den Sinn unseres Wirkens noch nicht oder noch nicht voll erfassen. Ereignisse aus dem Alltag, die unserer Sache nicht dienen und schon nicht mehr zum Alltag gehören dürften, verdunkeln noch ihre Gedanken und Gefühle. Man trifft auch jene traurigen Gestalten, die einer uns feindlichen Propaganda auf den Leim gehen. (...) Was uns betrifft, so betrachten wir die Dinge vom Standpunkt der Auseinandersetzung mit der feindlichen Ideologie, die wir in unserer Arbeit stets berücksichtigen.“

► Diese stetige „Berücksichtigung“ und „Auseinandersetzung“ mit der „feindlichen Ideologie“ zeigte sich nur kurze Zeit später einerseits am verstärkten Vorgehen gegen Oppositionelle (z.B. Ausbürgerung Bier-

manns 1976 oder Verhaftung Bahros 1977) und auf einer anderen Schiene an der Verschärfung der ideologisch-propagandistischen Erziehungsarbeit in Form der Etablierung eines Unterrichtsfaches zur Wehrerziehung.

► Neben den politisch-ideologischen Aspekten der Einführung des Wehrunterrichtes - und der damit verbundenen verstärkten propagandistischen aber auch disziplinierenden Erziehungsarbeit - kommt in diesem Zusammenhang auch dem Auftreten von - in den Augen der Machthaber - „individualistischen“, „kleinbürgerlichen“ oder „asozialen“ Verhalten bei vielen Jugendlichen in der DDR am Beginn und in der Mitte der siebziger Jahre einige Bedeutung zu. In zeitlicher Verzögerung hatten Elemente der westlichen Jugendkultur - wie etwa die der Hippies oder der 1968er Protestbewegung - auch den Weg in die DDR gefunden und irritierten die Parteiführung, der - trotz einer jugendpolitischen Liberalisierung am Beginn der Honecker-Ära - viel an der moralisch sauberen jungen „sozialistischen Persönlichkeit“ lag. So motivierte das „Macht kaputt was euch kaputt macht“ (Ton, Steine, Scherben) auch die Jugendlichen in der DDR und ließ sie auf dem Weg zur oder von der Diskothek Straßenlaternen oder Gartenzäune zertrüm-

factum ▶ Wehrunterricht

mern. Im Juli 1976 fühlte sich die SED-Spitze von einem Rockfestival anlässlich der 1000-Jahr-Feier von Altenburg brüskiert. Dabei waren die populärsten Rockgruppen des Landes aufgetreten, was Jugendliche aus der gesamten DDR angezogen hatte. Am Rande dieser Veranstaltung konsumierten viele dieser jungen Leute große Mengen Alkohol, badeten nackt im Schlossteich oder liebten sich in den Blumenrabatten. Die Staatsmacht griff zunächst in Form der Polizei gegen diese „Gammler“ ein. Da sich derartige Ereignisse aber häuften, begann innerhalb der Apparate von

SED, FDJ und MfS ein angestregtes Nachdenken darüber, wie diese Entwicklung insgesamt gestoppt werden kann. Neben der Betonung der stärkeren körperlichen Arbeit in der „moralisch-sittlichen Erziehung (...), damit sie (die Jugend) lernt, wie materielle Werte entstehen, damit sie lernt, materielle Werte zu schätzen“ (Honecker M. 1981: S. 20), ist es sehr wahrscheinlich, dass sich das Regime auch durch die disziplinierenden Wirkungen militärischer Übungen und Ordnungsnormen im Wehrunterricht eine Hilfe bei der Lösung dieser Problemstellungen erhoffte.

Die Einführung des Faches

Bereits das erwähnte Papier von Günther aus dem Jahre 1973 nennt hinsichtlich der inhaltlichen wie zeitlichen Ausgestaltung des Wehrunterrichtes erste grundsätzliche Vorstellungen. Die erste darin vorgestellte inhaltliche Variante beschreibt den Charakter der vormilitärischen Ausbildung in den Klassen 9 und 10 als den einer Grundausbildung, an die sich in der Berufsausbildung bzw. an der Erweiterten Oberschule - wie bereits etabliert - die Laufbahnausbildung anschließen sollte. Als Alternative dazu schlug der Autor das sowjetische Programm vor. Das heißt, neben der Grundausbildung sollten den Schülern danach in den letzten beiden Schuljahren an der POS bereits Elemente der Laufbahnausbildung vermittelt werden, an die man dann während der Berufs- bzw. Abiturausbildung hätte anknüpfen können.

► Auch für die zeitliche Eintaktung der anvisierten insgesamt 120 Unterrichtsstunden in den beiden Klassenstufen hatte Günther zwei Pläne parat. Der erste sah ein bis zwei Wochenstunden in den Klassen 9 und 10 vor; der Autor macht aber darauf aufmerksam, dass aufgrund der bereits bestehenden maximalen Auslastung der Stundentafel eine

Entscheidung für diese Variante eine Stundenkürzung in anderen Fächern nach sich ziehen müsste. Der zweite Plan unterbreitete für den Wehrunterricht die Einrichtung von Lagern. Die Gesamtstundenzahl hätte danach durch ein vierzehntägiges Winterlager in der 9. Klasse und ein zehntägiges Sommerlager nach den Prüfungen in der 10. Klasse oder in einem zweiwöchigen Sommerlager in der 9. Klasse und einem zehntägigen Sommerlager im letzten Schuljahr absolviert werden können.

► Der Verfasser machte bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass es aus seiner Sicht für die flächendeckende Einführung des Unterrichtsfaches unerlässlich sei, dafür eine ordentliche Lehrerausbildung an den Universitäten und Hochschulen zu etablieren.

► Erst etwa drei Jahre nach diesen ersten konzeptionellen Ansätzen für das Fach erfolgte am 31. Mai 1976 die Bestätigung eines Arbeitsplanes des ZK der SED durch das Politbüro, der die „Einführung des Wehrunterrichtes für die Schüler der 9. und 10. Klassen der allgemein bildenden Polytechnischen Oberschulen“ (zitiert von Sachse 1996: S. 259) als Zielstellung festlegte. Es wird in die-

factum

► Wehrunterricht

sem Zusammenhang deutlich, dass die DDR-Führung die empörten und protestierenden Reaktionen etwa der Kirchen oder der westdeutschen Öffentlichkeit vorhersah. So wurden die Pläne für den Wehrunterricht erst dann aus den Aktenschränken geholt, als wichtige und sensible politische Ziele - wie die endgültige Etablierung auf der internationalen Bühne (Grundlagenvertrag mit der BRD, UNO-Mitgliedschaft, KSZE-Beteiligung) oder die Entwicklung und Festigung der Beziehungen zur Evangelischen Kirche - in trockenen Tüchern waren.

► Die Verantwortung für die Ausführung des Vorhabens wurde dem Minister für Volksbildung, dem Minister für Nationale Verteidigung und der Abteilung Volksbildung des Zentralkomitees der SED übergeben. Am 25. August 1976 bestätigte das Sekretariat des ZK eine erste Konzeption dieser Gruppe. Danach sollte der Wehrunterricht mit einer Steigerung von 20 % pro Jahr von 1978 bis 1983 nach und nach an allen Schulen der DDR eingeführt werden. Für die flächendeckende Etablierung des Faches errechnete man zu diesem Zeitpunkt einen Bedarf von 5000 Lehrkräften. Finanziell

wurden 1977 zunächst 500.000 Mark bereitgestellt. Bis 1983 sollte sich die Summe auf 55 Mio. Mark jährlich erhöhen. Das Sekretariat des ZK beschloss an diesem Tag zudem die Erarbeitung eines „Maßnahmenplan(s) zur ideologischen Vorbereitung“, der auch den Entwurf von Argumentationslinien für die öffentliche Begründung des Unterrichtsfaches vorsah.

► Ein Beschluss des Ministerrates der DDR über die Konzeption zur Einführung des Wehrunterrichtes erfolgte erst am 21. 10. 1976. Zu diesem Zeitpunkt war sowohl die juristische Vorbereitung wie die Findung geeigneten Lehrpersonals bereits recht weit vorangeschritten. Etwa die Hälfte der für den Start 1978 benötigten eintausend Lehrkräfte hatte man schon gefunden. Sie wurden in Ottendorf in einer ehemaligen Sonderschule der SED-Bezirksleitung Dresden ausgebildet. Im November 1976 erhielten die Direktorinnen und Direktoren der Polytechnischen Oberschulen erste Hinweise über die anvisierte Einführung des Faches. Am 1. Februar 1978 wurde schließlich „die Direktive des Ministeriums für Volksbildung zur Einführung und Gestaltung des

Wehrunterrichtes an den allgemein bildenden Polytechnischen Oberschulen“ (MfV 1. 2. 1978) erlassen.

► Sahen die Vorschläge Günthers von 1973 noch vor, für die Einordnung des Wehrunterrichtes in die Stundentafel entweder eine normale Unterrichts- oder eine Lagervariante zu verwenden, war der letztendlich mit dem Schuljahr 1978/79 an den Schulen etablierte Unterricht eine Mischform zwischen beiden. Diese - auch den bereits überfüllten Stundenplänen der Klassen 9 und 10 geschuldete - Variante umfasste für die 9. Klassenstufe vier Doppelstunden zu „Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“, die von Jungen und Mädchen gemeinsam absolviert wurden und die bis zum Beginn der Frühjahrsferien in den normalen Unterrichtsplan integriert werden mussten. Dazu fand für die Jungen unmittelbar vor den Sommerferien die „Wehrausbildung im Lager“ statt. Sie beinhaltete insgesamt 12 Ausbildungstage zu je 8 Stunden. Für alle Mädchen und die Jungen, die nicht am Wehrausbildungslager teilnehmen wollten*, wurden „Lehrgänge Zivilverteidigung“ mit 12 Ausbildungstagen zu je 6 Stunden ausgerichtet. Bei der „Wehrausbildung im

Lager“ wurden alle Teilnehmer eines Kreises, einer kreisfreien Stadt oder eines Stadtbezirkes in einem Camp (das möglichst im jeweiligen Gebiet liegen sollte) zusammengefasst. Die Leitung eines solchen Lagers lag in den Händen des entsprechenden Gebietsverantwortlichen für den Wehrunterricht. Die Zivilverteidigungsausbildung fand hingegen in der Regel auf dem Gelände und im Umfeld der Schule statt.

► Der Plan für die 10. Klassen umfasste noch einmal vier Doppelstunden „zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ sowie drei „Tage der Wehrbereitschaft“ mit 18 Stunden für alle Schülerinnen und Schüler. Waren ansonsten die Teilelemente des Wehrunterrichtes terminlich in die Unterrichtszeit integriert, fanden die „Tage der Wehrbereitschaft“ in den Winterferien statt (erstmalig im Februar 1980).

► Insgesamt betrug der zeitliche Umfang des neuen Faches für die Jungen die am Wehrausbildungslager teilnahmen 130 Stunden und für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zivilverteidigungslehrganges 106 Stunden. In einem Vergleich des Zeitaufwandes - der in den sozialisti-

* Nach meiner persönlichen Erfahrung war eine Nichtteilnahme am Wehrausbildungslager relativ problemlos durch ein Gespräch mit dem Schuldirektor bzw. einem Schulverantwortlichen für den Wehrunterricht zu erreichen. Auch Nachfragen bei Freunden und Bekannten bestätigten dies (M. K.).

factum ▶ Wehrunterricht

schen Staaten dem Wehrunterricht eingeräumt wurde - nimmt die DDR einen Mittelplatz ein. In der CSSR umfasste das Fach insgesamt 100 Stunden und in der Volksrepublik Polen 32 Stunden. Dagegen mussten die sowjetischen Jungen 40 und die Mädchen 32 Stunden mehr als die Schüler und Schülerinnen in der DDR absolvieren.

▶ Zur personellen Absicherung des Unterrichtsfaches wurden bis Februar 1980 960 Lehrer bei den Räten der Kreise eingestellt. 49,8 % dieser waren bereits vorher im Volksbildungsbereich tätig gewesen, 33,4 % kamen unmittelbar aus der NVA oder den Grenztruppen und 16,8 % waren Offiziere der Reserve, die man aus anderen Bereichen gewonnen hatte. Eine ordentliche, an den Hochschulen und Universitäten etablierte Lehrerausbildung - wie sie von Günther (1973) und auch von der Forschungsgruppe Wehrerziehung/Wehrunterricht (1979) gefordert worden war - gab es bis zum Ende des Faches jedoch nicht. Auch die - etwa in der UdSSR vorhandene - Benotung des Unterrichtes wurde in der DDR nicht berücksichtigt. Als Lehrbuch für den Wehrunterricht verwendete man zunächst für beide

Klassenstufen den „Wissensspeicher Wehrausbildung“, aus dessen Benutzungshinweisen man erfährt, dass er eigentlich nur für die 1973 eingeführten „Arbeitsgemeinschaften Wehrausbildung“ entwickelt worden war. Am Beginn der achtziger Jahre gab man dann mit dem Buch „Sozialistische Landesverteidigung. Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10“ eine etwas gekürzte, aber in Struktur und Wortlaut mit dem „Wissensspeicher Wehrausbildung“ weitestgehend übereinstimmende Lehrbuchvariante heraus. Damit hofften die Verantwortlichen im Ministerium für Volksbildung oder bei der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, die riesige Stofffülle der „Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ besser handhaben zu können. Da es bis zum Ende des Unterrichtsfaches 1989 dafür keinen bündigen Lehrplan gab, kann die Grundstruktur dieser Bücher auch als inhaltlicher Leitfaden des Faches gewertet werden. Neben den Lehrbüchern fanden auch Filme, Dias, Landkarten und andere Hilfsmittel ihre Anwendung im Unterricht. Insgesamt ist aber festzustellen, dass das Fach nie über den Charakter des Provisorischen und Unausgereiften hinaus kam.

► Die Teilnahme am Wehrunterricht war für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch, und eine Nichtteilnahme sollte eigentlich als Verweigerung der Schulpflicht gewertet werden. Robert Goeckel erwähnt aber in seiner Arbeit „Thesen zu Kontinuität und Wandel der Kirchenpolitik der SED“ von 1996, dass es aufgrund des Protestes der Kirchen zu einer Regelung des SED-Regimes mit diesen gekommen ist, wonach christliche Kinder vom Wehrunterricht befreit werden konnten, wenn deren Eltern dies ausdrücklich forderten. Der Autor belegt in seinem Text diese Aussage leider nicht mit entsprechenden Quellen. Dass es eine solche Regelung aber gegeben hat, wurde aber auch vom ehemaligen Leiter des Wehrunterrichtes im Kreis Jena-Land (Herr Kahlhöfer) bestätigt.

► In der Folge der Einführung des neuen Unterrichtsfaches wurden ab dem Schuljahr 1979/80 die Hans-Beimler-Wettkämpfe für die Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen abgeschafft und nur noch in den 8. Klassen durchgeführt.

► Bei der inhaltlichen Gliederung des Wehrunterrichtes kann ein wehrpolitisch-propagandistischer Teil und ein auf die praktische vormilitärische Ausbildung ausgerichteter Abschnitt unterschieden werden.

Erstgenannter stand im Mittelpunkt der insgesamt 8 Doppelstunden „zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“. Die praktische Ausbildung fand in den Wehrausbildungslagern bzw. bei den Lehrgängen zur Zivilverteidigung statt. Die drei „Tage der Wehrbereitschaft“ bildeten den Abschluss des gesamten Unterrichtsprogramms. Hier sollten die Jugendlichen - teilweise in Wettkampfform - ihr Wissen und Können aus beiden Ausbildungsbereichen nachweisen.

► Am Beginn des Abschnittes der wehrpolitisch-propagandistischen Ausbildung stand die Auseinandersetzung mit grundlegenden Theorien und Teilelementen des Krieges und der Militärwissenschaft. Es wurde dargestellt, wie Marx, Engels und Lenin die klassischen Theorien des Krieges (z. B. die von Clausewitz) aufgegriffen und für die Belange der kommunistischen Ideologie bearbeitet hatten. Von dieser theoretischen Basis aus ging man dann zu aktuellen Bezügen über. So unterschieden die Lehrbücher „Wissenspeicher Wehrerziehung“ und „Sozialistische Landesverteidigung“ etwa - „gesetzmäßig“ - gerechte und ungerechte Kriege (Hanisch u. a. 1979: S. 10., Hanisch u. a. 1983: S. 7):

„Gerechte Kriege sind daher:

- Kriege zur Verteidigung des Sozialismus,

factum ▶ Wehrunterricht

- revolutionäre Bürgerkriege,
- nationale Befreiungskriege kolonialer und abhängiger Länder,
- Kriege zur Verteidigung unabhängiger junger Nationalstaaten,
- Befreiungskriege der Völker kapitalistischer Länder, die Opfer einer imperialistischen Aggression wurden. (...)

Ungerechte Kriege sind:

- Kriege imperialistischer Staaten gegen sozialistische Länder,
- Bürgerkriege der Bourgeoisie und anderer reaktionärer Kräfte gegen die sozialistische Bewegung des Proletariates und seiner Verbündeten sowie gegen revolutionär-demokratische Bewegungen der Volksmassen,
- Kolonialkriege des Imperialismus,
- Kriege des Imperialismus gegen junge Nationalstaaten,
- Raubkriege imperialistischer Staaten gegen schwächere kapitalistische Länder,
- Eroberungskriege zwischen imperialistischen Staaten.“

▶ Die Autoren der Lehrbücher führen nun fort, „Die Politik der friedlichen Koexistenz und die Existenz sozialistischer Streitkräfte“ als eine „untrennbare Einheit“ zu beschreiben. Dagegen trage der Imperia-

lismus, „solange er existiert, in Form der Monopolherrschaft die gesetzmäßigen Ursachen des Krieges und den Drang nach Aggression in sich. Krieg, Raub und Unterdrückung entspringen (...) (seinen) innersten Wesenszügen...“ Es wurde versucht zu vermitteln, dass nur ein starkes sozialistisches Verteidigungssystem unter der Führung der Sowjetunion diesen „innersten Wesenszügen des Imperialismus“ paroli bieten und einen Krieg verhindern kann.

▶ Nach dieser grundsätzlichen - Gut und Böse - Absteckung der Charakterzüge beider Weltsysteme hoffte das Autorenkollektiv anhand von Beispielen nachweisen zu können, dass der eigene Militärapparat in der „Tradition der deutschen Arbeiterklasse“ stünde, während die Bundeswehr oder die Bundesmarine imperialistischen und faschistischen Traditionen folge. So wurden etwa die Namensgebungen eines Torpedoschnellbootes der Volksmarine mit dem eines Lenkwaffenzerstörers der Bundesmarine verglichen. Das DDR-Boot „trägt den Namen ‘Fritz Heckert’, eines hervorragenden Kämpfers für die Sache der Arbeiterklasse, eines Mittbegründers der KPD.“ Das Boot „der Bundesmarine der BRD trägt

den Namen 'Lütjens'. Admiral Lütjens war Kommandant des faschistischen Schlachtschiffes 'Bismarck', sein 'beispielhafter Durchhaltewille' kostete 2000 Seeleuten im 2. Weltkrieg das Leben.“ Die Gegenüberstellung von „friedlicher“, „sozialistischer Verteidigungspolitik“ im Rahmen der NVA und des Warschauer Vertrages sowie „aggressiver“, „imperialistischer Militärmaschinerie“ der Bundeswehr und der NATO zog sich nun wie ein roter Faden durch das Unterrichtsprogramm. Damit verfolgte man das Ziel, die Jugendlichen davon zu überzeugen, dass trotz aller Ost-West-Annäherung es zu keinem Nachlassen sowohl des militärischen wie auch des ideologischen Engagements kommen dürfe. „Illusionen über Bundeswehr und NATO (seien) völlig unangebracht...“ (Hanisch u. a. 1979: S. 44, Hanisch u. a. 1983: S. 36). Dass der wehrideologisch-propagandistische Teil des Wehrunterrichtes auch die Defizitinformationen - hinsichtlich der patriotisch-ideologischen Situation der Jugendlichen - berücksichtigte, beweist die ausführliche Behandlung von Formen „ideologische(r) Diversion“ in den Lehrbüchern (Hanisch u.a. 1979: S. 45, Hanisch u. a. 1983: S. 36):

„Die ideologische Diversion ist eine Hauptform des Klassenkampfes des Imperialismus gegen die Völker der sozialistischen und antiimperialisti-

schen Staaten, die

- auf die Zersetzung des sozialistischen bzw. antiimperialistischen Bewusstseins dieser Völker,
- auf die Verbreitung und Konservierung von imperialistischer Ideologie und speziell gegenüber den sozialistischen Staaten auf die Erzeugung antisozialistischer Einstellungen und Handlungen sowie insbesondere auf die Unterminierung der Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft gerichtet ist;
- sich dazu vielfältiger Formen, Methoden und Mittel der politisch-ideologischen Bewusstseinsmanipulierung bedient.“

► Die ideologische Einflussnahme der westlichen Welt auf den Sozialismus sei „staats- und völkerrechtswidrig, offen aggressiv und vielfach subversiv.“ Sie versuche, die zwischen Ost und West abgeschlossenen Verträge in ihr Gegenteil umzuwandeln. Desweiteren missbrauche diese Form der ideologischen Einflussnahme „religiöse Gefühle ebenso wie entwicklungsbedingte Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugend, wie Musikinteressen, stark ausgeprägtes Informationsbedürfnis, politische Unerfahrenheit usw.“ Die feindlichen Kräfte würden alle Möglichkeiten mündlicher, schriftlicher oder visueller Art nutzen, um die ideologische Diversion zu betrei-

factum ▶ Wehrunterricht

ben und ihre Ziele zu erreichen. Dies „muss - gestützt auf die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Ideologie und des realen Sozialismus - offensiv zerschlagen werden...“

▶ Ein weiterer Schwerpunkt des Theorie-Abschnittes des Wehrunterrichtes bildete die Vermittlung von Basiskenntnissen über die Struktur der NVA und der Grenztruppen der DDR. Spätesten hier wird ein Hauptproblem des Unterrichtsfaches deutlich. Die anvisierte Stofffülle war - auch nach der Kürzung des Lehrbuches - kaum in den insgesamt 8 Doppelstunden abzarbeiten; zumal noch in Rechnung gestellt werden muss, dass der Unterricht in großen zeitlichen Abständen stattfand und die Schülerinnen und Schüler - da es ja keine Benotung gab - kaum die behandelten Unterrichtsinhalte zu Hause wiederholten.

▶ Die Wehrausbildung im Lager hatte eine praktisch-militärische Grundausbildung (einschließlich der Grundelemente militärischer Ordnung und Disziplin sowie des Trainings der körperlichen Leistungsfähigkeit) als Zielstellung. Über den Charakter einer solchen Ausbildung gibt die im Januar 1979 vom Ministe-

rium für Volksbildung erlassene Lagerdirektive Auskunft (zitiert von Sachse 1996: S. 263):

„Die pädagogische Arbeit während der Wehrausbildung im Lager ist auf die Herausbildung solcher Persönlichkeitseigenschaften wie Mut, Diszipliniertheit, Kameradschaft, Ausdauer, Ehrlichkeit und Solidarität auszurichten.“ Dabei sei „eine straffe Disziplin und Ordnung zu fordern und durchzusetzen.“

▶ Neben dem Fachgruppenleiter bzw. Ausbildungsleiter des Kreises und weiteren Lehrern wurden in diesen Lagern meist Offiziersschüler als Ausbilder eingesetzt. Unter deren Anleitung absolvierten die Schüler u. a. militärische Geländeübungen, das Anlegen von Feuerstellen oder das Marschieren als Einzelner, in der Gruppe und im Zug. Desweiteren stand ein Erste-Hilfe-Kurs, der Schutz vor gegnerischer Waffenwirkung sowie die Schießausbildung mit der KK-MPi 69 auf dem Programm.

▶ Wie bei der Ausbildung im Wehrlager hatte man auch für den ZV-Lehrgang durch das Tragen von Uniformen oder das Marschieren in militärischer Formation die Anerziehung von straffer Disziplin beabsich-

tigt. Ähnlich den entsprechenden Lehrgängen in der Berufs- bzw. Abiturausbildung standen hier die Elemente der Schutzausbildung (Einrichten eines Atomschutzbunkers, Verhalten beim Einsatz biologischer und chemischer Waffen etc.) und der Sanitätsausbildung im Vordergrund. Zudem fanden auch in diesem Rahmen Geländeausbildungen sowie Übungen zur Stärkung des physischen Leistungsvermögens statt. Neben Lehrerinnen und Lehrern wurden die ZV-Lehrgänge auch von Angehörigen der Zivilverteidigung, von Mitgliedern der Kampfgruppen oder Offizieren und Unteroffizieren der NVA und der Grenztruppen geleitet.

► Die für die Ausbildung im Wehrlager notwendige Lehrbuchgrundlage lieferte auch hier der „Wissensspeicher Wehrausbildung“, dessen Kapitel 3 bis 8 aus Materialien des „Handbuch(s) Militärisches Grundwissen - NVA-Ausgabe“, dem „Handbuch für motorisierte Schützen“ sowie den „Grundlagen für den Gesundheitshelfer“ und dem „Lehrbuch für den DRK-Gesundheitshelfer“ zusammengesetzt worden waren. Der „Lehrgang Zivilverteidigung“ basierte auf dem Lehrbuch „Zivilverteidigung für Schüler der Klassen 9“ sowie den „Unterrichtshilfen für den Lehrgang Zivilverteidigung“.

► Bei den „Tagen der Wehrbereitschaft“ wiederholten die Schülerinnen und Schüler am ersten Tag die im bisherigen Unterricht vermittelten Wehrkenntnisse und -fertigkeiten im Klassenverband. Der zweite Tag sah dann den Nachweis dieser Kenntnisse und Fertigkeiten bei einem „Marsch der Waffenbrüderschaft“ vor, bei dem die 10. Klassen einer Schule oder - vor allem in ländlichen Gebieten - eines Kreises in Wettkampfform gegeneinander antreten mussten. Der Abschluss der „Tage der Wehrbereitschaft“ - und somit des Wehrunterrichtes an der POS - sollte möglichst am 1. März - dem Tag der Nationalen Volksarmee - stattfinden. Meist in Form von Truppenbesuchen wurde hierbei versucht, den Jugendlichen das Leben in der Kaserne (Essen in der Armee-Kantine, Besichtigung der Militärtechnik und der Soldatenunterkünfte etc.) sowie die Traditionspflege der NVA (Teilnahme an einem Jubiläumsappell) näher zu bringen.

► An der Grundstruktur und den wesentlichen Inhalten des Wehrunterrichtes änderte sich bis zu seiner Beendigung 1989 nichts von Bedeutung. Auch die erst in diesem Jahr erschienen ersten „Unterrichtshilfen - Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung Klassen 9 und 10“ brachten nur geringe Verschiebungen innerhalb der Stoffeinheiten mit sich.

Die Wirksamkeit des Faches

Wie bereits erwähnt, führten schon im Vorfeld der Einführung des Wehrunterrichtes erste Informationen darüber zum Protest der Kirchen. So stellte eine „Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik“ in diesem Zusammenhang die Frage (BEK 14. 6. 1978), „ob eine klare Orientierung auf Erziehung zum Frieden den Vorrang behalten kann, wenn durch eine verstärkte Wehrerziehung die Bewusstseinsbildung beeinflusst wird.“ Darüber hinaus gaben die evangelischen Kirchenvertreter zu bedenken, dass durch einen solchen Schritt „die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der DDR“ in Zweifel gestellt würde. Sie kündigten für den Fall der Etablierung des Faches an, die Familien - deren Kinder aus Gewissensgründen nicht am Wehrunterricht teilnehmen würden - zu unterstützen und in ihrem Rahmen „der Gesinnung des Friedens und der Versöhnung Raum (zu) schaffen...“ (KEK 14. 6. 1978). Auch die Katholische Kirche in der DDR reagierte bereits im Juni 1978 mit deutlicher Kritik auf die Absicht der

SED-Führung und nannte die „militärische Ausbildung von Schülern“ mit einer „Erziehung zum Frieden nicht vereinbar“ (Bengsch 12. 6. 1978).

► In der Bundesrepublik Deutschland werteten erste Veröffentlichungen den Wehrunterricht als weitere Forcierung der Militarisierung der Schule und der gesamten Gesellschaft in der DDR. Gleichzeitig sah man darin aber auch ein Eingeständnis des Misserfolges der bisherigen ideologisch-propagandistischen Erziehungsmittel im Osten Deutschlands.

► Angesichts des Protestes die der Wehrunterricht insbesondere auf Seiten der Kirchen auslöste, war das Regime in der DDR bestrebt, diesen Erscheinungen Stimmen der Befürwortung entgegenzustellen. So äußerte etwa das Mitglied des katholischen Kirchenvorstandes in Worbis (Eichsfeld) Joseph Lackner anlässlich einer Präsidiumstagung des Hauptvorstandes der CDU in der DDR am 1. September 1978, „dass dieser Unterricht in erster Linie dazu

beiträgt, junge Menschen im Rahmen der ganzheitlichen Erziehung zum Frieden noch besser zu befähigen, die Ursachen der Kriege, die im imperialistischen System begründet sind, zu erkennen, wie es auch im Arbeitsbuch zur Glaubensunterweisung von unserer Kirche als Erfordernis bezeichnet wird“ (Lackner 1. 9. 1978).

► Zustimmung zum Wehrunterricht wurde auch aus den Schulen signalisiert. In einem Leserbrief an die Deutsche Lehrerzeitung lobte etwa eine Pionierleiterin aus Wolfen diesen Schritt und meinte (DLZ 35/1978):

„Unsere Zeit braucht junge Menschen, die bereit sind, ihre sozialistische Heimat zu stärken und sie gegen Anschläge zu verteidigen...“

► Wie aus einem Papier des FDJ-Zentralrates hervorgeht, gab es im Einführungsjahr 1978/79 303 Eingaben von Eltern, die sich gegen den Wehrunterricht wandten. Insgesamt 175 - meist aus kirchlichen Elternhäusern stammende - Schüler blieben dem Unterricht fern. Das Papier kommentiert in diesem Zusammenhang (FDJ Zentralrat, 7. 5. 1980):

„Wenn auch der überwiegende Teil der Eltern und Schüler dieser Maßnahme zustimmte, so ist doch nicht zu übersehen, dass sich ein Teil abwartend verhielt, andere dagegen

Bedenken äußerten und einzelne offen gegen die Einführung des Wehrunterrichtes auftraten.“

► Im Schuljahr 1980/81 verweigerten im knapp 2 Millionen Einwohner zählenden Bezirk Karl-Marx-Stadt 59 Schülerinnen und Schüler das vormilitärische Unterrichtsfach ganz.

► Eine erste Untersuchung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften - wozu Ergebnisse aus 5 Thüringer Schulen zusammengetragen wurden - ergab kurz nach der Einführung des Wehrunterrichtes bezüglich des wehrideologischen Wissenserwerbes sowie der wehrpolitischen Einstellung der Jugendlichen keine Veränderungen zu früheren Studien. So wurde dabei etwa festgestellt, dass der „Hass gegen den Imperialismus“ nicht zufrieden stellend vermittelt werden konnte. Auch die Zahl der Schüler, die sich für einen militärischen Beruf entschieden, erhöhte sich nicht.

► Während in den siebziger Jahren in der DDR sich eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen mit der „patriotischen und internationalistischen Erziehung“ beschäftigte, setzten - nach dem derzeitigen Stand der Forschung - in den achtziger Jahren erst in der Mitte des Jahrzehnts umfassende Untersuchungen zur Wirksamkeit des neuen Unterrichts-

factum ▶ Wehrunterricht

faches ein. Vordem wurden - meist vom Ministerium für Staatssicherheit - nur weitere Daten von Verweigerern des Unterrichtes gesammelt und ausgewertet. Mit dem NATO-Doppelbeschluss im Dezember 1979 und seiner Ausführung 1983/84 gingen diese Verweigerungen merklich zurück. Die Staatssicherheit des Berliner Stadtbezirkes Weißensee registrierte z. B. an den 33 in ihrem Gebiet befindlichen Schulen von 1980 bis 1985 nur 34 so genannte pazifistische Proteste von Schülern; worunter man die Nichtteilnahme bzw. die verspätete Teilnahme an der Ausbildung, das Tragen pazifistischer Symbole oder die Verweigerung der Schießausbildung verstand. Dieser Dienststelle fielen in dem Zeitraum auch 6 Lehrerinnen und Lehrer auf, die durch das Tragen des Aufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“ oder das Zulassen von Disziplinverstößen im Wehrunterricht in den Verdacht gerieten, zur Opposition zu gehören oder mit ihr zu sympathisieren. Im Bezirk Magdeburg mit seinen etwa 1,3 Millionen Einwohnern stellte das MfS in den Jahren 1983 bis 1986 pro Jahrgang jeweils 5 bis 7 Schülerinnen bzw. Schüler fest, die den Wehrunterricht verweigerten. Ähnliche Werte ließen sich auch aus den anderen Bezirken nennen.

▶ Dass aber am Beginn der achtziger Jahre aus der Perspektive der Partei- und Staatsführung auch mit dem Wehrunterricht keine Verbesserung der wehrideologisch-patriotischen Standfestigkeit der Jugend in der DDR erreicht werden konnte, zeigt etwa ein Schreiben von Generaloberst Keßler an FDJ-Chef Krenz vom 15. 4. 1982, das die Erfahrungen der Politischen Hauptverwaltung der NVA bei der „Unterstützung der Mitgliederversammlungen der FDJ“ zusammenfasste. Darin heißt es (Keßler, 15. 4. 1982):

„Einige Jugendliche neigten zu objektivistischen Betrachtungen bei der Beurteilung der Kräfte, die für die Verschärfung der Lage die Verantwortung tragen. So wurde die Gefährdung des Friedens sowohl der USA als auch der Sowjetunion angelastet, da sie beide Anlass für die gefährliche Zuspitzung der militärpolitischen Situation geben würden. Dabei wurde auf die Unterstützung der USA für die Ereignisse in El Salvador, Chile oder Südafrika sowie auf die militärische Hilfeleistung der UdSSR für Afghanistan verwiesen. Fatalistische Auffassungen, die den Nutzen des Kampfes gegen imperialistische Hochrüstung und für den bewaffneten Schutz der Republik in

Frage stellen, waren in einigen Versammlungen Gegenstand lebhafter Diskussionen.“

► Die ersten umfassenden Untersuchungen - die sich mit der Wirksamkeit des neuen Unterrichtsfaches beschäftigten - waren die praxisanalytischen Untersuchungen im Lager Wehrausbildung bzw. die des Lehrgangs Zivilverteidigung (LZV) in Klasse 9, welche durch die Spezialgruppe der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften im Jahre 1986 durchgeführt wurden. In die erste Studie wurden insgesamt 1040 Schüler aus den Kreisen Herzberg, Rudolstadt, Ribnitz-Damgarten, Jüterbog, Halberstadt, Mühlhausen und Fürstenwalde einbezogen. Zusätzlich befragte man 66 Offiziersschüler und 31 Lehrer. In der allgemeinen Einschätzung wurde der Beitrag der Wehrausbildung im Lager zur kommunistischen Erziehung der Jungen als positiv bewertet. Andererseits stellten die Forscher heraus, dass den Jugendlichen die Anforderungen, die sich aus dem Aufenthalt im Lager und aus der Ausbildung ergeben, durch den Wehrunterricht an der Polytechnischen Oberschule „noch nicht überzeugend genug bewusst gemacht“ würden. Nur ein Teil der Jugendlichen erfasse den „Bewährungscharakter der Wehrausbildung“. Desweiteren wurden

bei einigen Schülern „negative politisch-ideologische Einstellungen“ zum Wehrunterricht sowie allgemeine Disziplinprobleme festgestellt .

► Obwohl das Training militärischer Disziplin und Ordnung, die exakte und widerspruchslöse Erfüllung von Befehlen einen Grundpfeiler der Wehrausbildung im Lager bildete, war ein Drittel der Jungen nicht der Meinung, dass diese Elemente die Grundlagen einer Armeestruktur sein müssen.

► Nur 33 % der Offiziersschüler - die während der beiden Wochen im Lager den engsten Kontakt zu den Schülern hatten - werteten den Beitrag der Ausbildung im Wehrlager „zur Entwicklung und Festigung von Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen zur sozialistischen Landesverteidigung“ der Neuntklässler als groß und sehr groß. 67 % schätzten diesen als zufrieden stellend oder gering ein.

► Bei den praxisanalytischen Untersuchungen zur Wirksamkeit des Lehrganges Zivilverteidigung (LZV) in Klassen 9/1986 wurden 818 Mädchen und 117 Jungen - aus den selben Kreisen wie bei der Lagerstudie - zur Wirksamkeit dieses Lehrganges und des gesamten Wehrunterrichtes befragt. Auch hier wurde der

Beitrag des Lehrganges Zivilverteidigung zur kommunistischen Erziehung und Allgemeinbildung insgesamt positiv bewertet. 83 % der Schülerinnen hätten sich „vom Sinn und der Notwendigkeit der Zivilverteidigung durch den LZV“ überzeugen lassen. 84 % der Jugendlichen äußerten, dass sie durch den Wehrunterricht ihre „persönlichen Rechte und Pflichten im Rahmen der sozialistischen Landesverteidigung nun besser wahrnehmen“ könnten. Auf der anderen Seite gaben aber - nach der Ansicht der Untersuchenden - über ein Viertel der Mädchen und Jungen bezüglich der Frage nach der Unverzichtbarkeit militärischer Disziplin und Ordnung im Lehrgang Zivilverteidigung eine „ungenügende bzw. keine Antwort, was diesbezüglich auf gewisse Unklarheiten schließen lässt.“ Weiter heißt es dazu im Forschungsbericht (Forschungsgruppe Wehrerziehung, 1987): „Das Wissen der Schüler über militärische Disziplin und Ordnung und ihr Verhalten im LZV ergibt ein teilweise widersprüchliches Bild.“

► Obwohl sich aufgrund der nicht übereinstimmenden Fragestellungen kein absoluter Vergleich zu den Untersuchungen aus den siebziger

Jahren herstellen lässt, fallen doch hinsichtlich der allgemeinen Einschätzungen der wehrideologischen Einstellungen der Jugendlichen deutliche Parallelen auf. Die 1986 festgestellte Unstimmigkeit zwischen allgemein geäußerter Einsicht in die Notwendigkeit der vormilitärischen Ausbildung, aber nur eingeschränkter persönlicher Handlungsbereitschaft, wurde schon von Günther 1973 als Grundproblem der Wehrerziehung in der DDR genannt. Auch in Bezug auf die militärischen Fertigkeiten und Kenntnisse der Jugendlichen konnte das SED-Regime durch die Einführung des Wehrunterrichtes offensichtlich keine Fortschritte erreichen. Die von Karl-Heinz Günther am Beginn der siebziger Jahre gemachte Feststellung, wonach „unsere Schüler so gut wie keine Kenntnisse über militär-technische - und -politische Probleme haben“, hätte so auch für die diesbezügliche Einschätzung der Situation von 1986 verwendet werden können. Abgesehen von der Schießausbildung - wo gute Ergebnisse erreicht worden seien - werden die Kenntnisse und Fertigkeiten der Schüler im Wehrlager bei topographischen Übungen und Geländespielen als bestenfalls zufrieden stellend, zum Teil als unzurei-

chend bewertet. Die Fähigkeiten der Jugendlichen im Bereich „Selbst- und gegenseitige Hilfe“ sah man als mangelhaft an. Ähnliche Bewertungen erfolgten auch bei der Zivilverteidigungsausbildung.

► Auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wuchs die persönliche Einsatzbereitschaft der Jugendlichen zur Verteidigung des Sozialismus durch die verschärften vormilitärischen Erziehungsmethoden des Wehrunterrichtes nicht. Dies zeigt etwa die seit 1985 deutlich ansteigende Zahl von jungen Leuten, die das Schießen verweigerten. Registrierte man 1984 unter den etwa 200.000 Lehrlingen in der DDR 250 Schießverweigerer, stieg die Zahl bis 1987 um fast 200 % auf 736 an.

► Selbst an den Universitäten und Hochschulen des Landes regte sich zu dieser Zeit Protest gegen den Charakter und die Inhalte des Systems der Wehrerziehung, obwohl die Zulassung zum Studium nicht zuletzt auch von der Systemakzeptanz eines jungen Menschen abhing. Einer „Einschätzung der politisch-ideologischen Situation unter den Studenten“ für eine erweiterte Dienstberatung des Rektors der

Friedrich-Schiller-Universität Jena vom Juni 1989 kann man entnehmen, dass „es in jedem Jahr Eingaben von Studenten, die Einzelfragen der Ausbildung betreffen oder die Ausbildung in Lagerform generell in Frage stellen“, gab. Konkret wird in dem genannten Papier der Fall von Studentinnen der Sektion Altertumswissenschaft geschildert, die sich zusammen mit Kommilitoninnen der Philosophie geweigert hatten, die „Normprüfung im Schutzmaskenüberprüfungsraum abzulegen“, daraufhin mit der Note 5 bewertet wurden und nun Einspruch gegen diese Behandlung erhoben. Die Studentinnen betonten in ihrer Eingabe, „dass ihr (der ZV) humanistisches Ziel - Retten und Helfen -“ ihre „volle Unterstützung findet. Deshalb sollte der Realisierung der DRK-Ausbildung als Hauptschwerpunkt der ZV-Ausbildung in der Praxis noch stärker Rechnung getragen werden.“ Weiter wiesen sie darauf hin, „dass wahrscheinlich keine der Teilnehmerinnen in Spezialeinheiten der ZV sein wird...“, obwohl die Gewinnung von Leitungspersonal für das System der Zivilverteidigung ja ein Hauptziel der ZV-Ausbildung an den Hochschulen und Universitäten war.

Die Folgen

Die Oppositionsgruppen im Rahmen der Kirche die während des Zusammenbruchs des SED-Regimes 1989/90 eine Hauptrolle spielten, hatten zum Zeitpunkt der Wende eine Entwicklungsgeschichte von etwa einem Jahrzehnt durchlaufen. Bis zum Ende der siebziger Jahre bestand die politische Opposition in der DDR aus Einzelpersonen oder kleinen Gruppen. Das Auftreten der Friedensbewegung 1978 - als der ersten größeren Oppositionsgruppe - war eine Reaktion auf die Einführung des Wehrunterrichtes und der weiter anwachsenden Militarisierung der Gesellschaft. Vor allem die Evangelische Kirche machte ihre Ankündigung wahr und bot all jenen (auch Nichtchristen) Raum, die sich jenseits der Vorgaben und der Propaganda der SED für den Frieden engagieren wollten. Dies bedeutete auch, dass die Möglichkeiten der Kirche etwa in Form von Vervielfältigungsgeräten oder Kopierern für verschiedenartige Publikationen genutzt wurden. In diesen forderte man etwa die Abschaffung des Wehrunterrichtes und die gleichzeitige Einführung eines Faches Friedenskunde. Darü-

ber hinaus verlangte man z. B. die Weitergabe von Informationen im Schulunterricht über die Möglichkeit des Dienstes als Bausoldat.

▶ In insgesamt zehn Thesen zur unabhängigen Friedensbewegung in der DDR äußerte sich 1982 Dietmar Linke über deren Selbstverständnis und Anliegen. Darin heißt es u.a. (Linke 1982, in Israel 1991: S. 131):

„Die unabhängige Friedensbewegung ist ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Die immer stärker werdende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und die totale Vereinnahmung und Bevormundung des Einzelnen durch die ‚Friedenspolitik‘ der DDR lösten einen Prozess aus, eine Bewegung des Protestes, des Suchens nach alternativen Wegen zum Frieden.“

▶ Nachdem durch die Friedensgruppen im größeren Umfang oppositioneller Raum im Rahmen der Kirchen erschlossen worden war, boten sich in der Folge Andersdenkenden auch hinsichtlich anderer Themen dort Betätigungsmöglichkeiten. Die seit längerem in der DDR existieren-

de Menschen- und Bürgerrechtsbewegung fand in der Kirche eine Heimstatt, ebenso wie die Umweltbewegung, die besonders nach dem Abflauen der europäischen Friedensbewegung in der Mitte der achtziger Jahre starken Zulauf fand. Weitere Gruppen wie die Dritte-Welt-Bewegung oder die Emanzipationsbewegung von Frauen erreichten zwar nicht den Umfang und die Bedeutung der erstgenannten Gruppierungen, trugen aber insgesamt zum Wachsen und zur Vernetzung der oppositionellen Szene bei.

► Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten die der Oppositionsbewegung auch in Personen einiger Kirchenverantwortlicher in den Weg traten, wuchsen die Gruppen und die Anzahl ihrer Mitglieder so stark an, dass etwa seit Mitte der achtziger Jahre in diesem Zusammenhang von einer „zweiten Öffentlichkeit“ (Bruckmeier 1993: S. 12) in der DDR gesprochen werden kann. Diese beruhte auf einem eigenen Informationsnetzwerk, das in Form von Umweltbibliotheken oder selbst verlegter Zeitschriften und Infoblättern in Erscheinung trat, sowie verschiedenen von den Gruppen organisierten Veranstaltungsformen oder Ansätzen einer wissenschaftlichen

Gegenöffentlichkeit (z. B. wurden am kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg Umweltstudien betrieben). Zur Charakteristik dieser Oppositionsbewegung im Rahmen der Kirche - und zu den Hauptsorgen die sie dem SED-Regime bereitete - gehörte also nicht nur die Behandlung von Problemen, die vom DDR-System verursacht oder ignoriert wurden, sondern das Entstehen eines politischen Sozialisationsraumes, der von den systemeigenen Sozialisationsinstanzen wie der Schule oder der FDJ-Gruppe nicht erreicht werden konnte und der im Gegensatz zu ihnen stand. Der Versuch des SED-Staates, die Kontrolle und die Steuerung in diesem Raum etwa durch den massiven Einsatz von Stasi-Spitzeln zu erreichen, kann insgesamt als gescheitert betrachtet werden. Dies zeigt der seit 1985 von den Oppositionsgruppen beschrittene Weg, die zwischenzeitliche Beschränkung auf kulturelle oder symbolische Aktivitäten (z.B. Baumpflanzungen) zu sprengen und - die Tradition der Friedensbewegung fortsetzend - Forderungen nach grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Reformen zu stellen, der von den eingeschleusten IMs nicht verhindert werden konnte.

Schlussbetrachtung

Mit der Einführung des Wehrunterrichtes am 1. September 1978 an den Polytechnischen Oberschulen in der DDR erreichte die vormilitärisch-ideologische Einflussnahme der jungen Generation durch das SED-Regime eine neue Qualität. In Anbetracht der stetigen Zunahme der Militarisierung des Erziehungssystems wie der gesamten Gesellschaft im Laufe der Entwicklung der DDR erscheint die Etablierung eines solchen Unterrichtsfaches jedoch weniger überraschend und fast folgerichtig.

► Als sich am Ende der sechziger /Anfang der siebziger Jahre zunächst die Sowjetunion und später auch die anderen sozialistischen Bruderländer zu diesem Schritt entschlossen, war dies für die DDR jedoch vor allem aufgrund ihrer besonderen Situation in der internationalen Politik nicht möglich. Obwohl man im Regime bereits am Beginn der siebziger Jahre die Gefahr sah, im Rahmen der Integration in den Warschauer Pakt diesbezüglich ins Hintertreffen zu geraten, warteten die Verantwortlichen mit der Einführung des Wehrunter-

richtes, bis die DDR über den Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik, der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sowie der Teilnahme an den KSZE-Verhandlungen und der Abschlusskonferenz in Helsinki einen festen und gesicherten Platz auf der Bühne der internationalen Beziehungen eingenommen hatte.

► Aber auch in innenpolitischer Sichtweise war sich die SED-Führung offensichtlich der negativen Signalwirkungen und Störungen bewusst, die von einem solchen Unterrichtsfach ausgehen konnten. So war die SED-Spitze daran interessiert, vor der Einführung die seit Anfang der siebziger Jahre recht sorgfältig betriebene Annäherung an die Evangelische Kirche durch ein Treffen Honeckers mit den Kirchenführern abzuschließen, bei dem sich beide Seiten auf ein kontrolliertes Miteinander festlegten.

► Neben dem Aspekt des Nachholens was in den anderen sozialistischen Staaten längst etabliert war, dürfte für die Einführung des Wehr-

unterrichtes in der DDR auch die Bekämpfung einer Reihe von Defiziten hinsichtlich der politisch-ideologischen und patriotischen Einstellung der Jugendlichen in den siebziger Jahren bedeutsam gewesen sein. Die Neue Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung, der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR oder die Beteiligung der DDR am KSZE-Prozess ließen bei der jungen Generation das Feindbild des ständig zum Krieg bereiten Imperialismus schwinden. Verstärkt wurde diese Tendenz durch das harte Vorgehen der sozialistischen Staatsmacht gegen Oppositionelle. Zudem störten die Partei- und Staatsführung die zu beobachtenden Einflüsse der westlichen Jugendkultur auf die eigene Jugend und somit auf die Herausbildung der disziplinierten jungen „sozialistischen Persönlichkeit“. Dieser Gesamtentwicklung hoffte die SED durch eine weitere Verschärfung der ideologisch-propagandistischen und disziplinierenden Erziehungsmethoden entgegenzutreten und umkehren zu können.

► Die erwünschte Trendwende in der Entwicklung des Bewusstseinsbildes der jungen Generation blieb allerdings aus. Wie in den siebziger Jahren gab ein Großteil der Jugendlichen nach der Einführung des Wehrunterrichtes zwar das vom

Regime erwartete Bekenntnis zur DDR und zum sozialistischen Militärbündnis ab, darüber hinaus war aber nur eine Minderheit bereit, sich dafür persönlich zu engagieren und sich somit hinter die Politik der SED-Spitze zu stellen.

► Das Scheitern des Wehrunterrichtes ist zum einen mit dem provisorischen Charakter des Faches zu erklären, über den es während seiner gesamten Existenz nicht hinaus kam. Während der vormilitärische Unterricht in den anderen sozialistischen Staaten fest in den Stundenplan eingebaut war, fand er in der DDR unregelmäßig und in großen zeitlichen Abständen statt. Zum anderen gab es keinen bündigen Lehrplan, keine Zensurengebung und keine professionelle Lehrerausbildung. Die für die „Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ in den Lehrbüchern zusammengetragene Stoffmenge war kaum in der gegebenen Unterrichtszeit zu vermitteln. Bereits die lange Zeit von etwa 10 Jahren von den ersten Überlegungen und Planungen zum Wehrunterricht bis zu seiner vollständigen Etablierung lässt in diesem Zusammenhang auch auf Probleme der Finanzierung des Projektes schließen. Der seit spätestens Mitte der siebziger Jahre stark kränkelnden und unter chronischer Finanzschwäche leidenden DDR-Ökonomie dürfte bereits die Auf-

factum ▶ Wehrunterricht

bringung der für den gegebenen provisorischen Standard des Unterrichtsfaches notwendigen 55 Millionen Mark jährlich sehr schwer gefallen sein.

▶ Darüber hinaus muss in diesem Gesamtkontext der Wirksamkeit ein Aspekt berücksichtigt werden, auf den Martin Michalzik in seiner Arbeit „An der Seite der Genossen...“ 1994 hinweist. Unter Berufung auf eine Studie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften von 1983 - die sich mit sozialen Erfahrungen von DDR-Schuljugendlichen und deren Auswirkungen auf die politische Einstellung beschäftigte - stellt der Autor einen generellen kontraproduktiven Einfluss der Schule und des in ihr vermittelten Wissens auf die politische Einstellung der Jugendlichen fest. 50 % der Schülerinnen und Schüler hatten in der genannten Untersuchung angegeben, dass allgemein das Schulwissen über das Leben in der DDR nicht mit den eigenen Erlebnissen in Einklang zu bringen sei. 2/3 der Jugendlichen hatten sich aus eigenem Erleben oder aus für glaubwürdig gehaltenen Berichten anderer Personen die Meinung gebildet, dass die sozialistische Wirtschaft genau das Gegenteil einer effektiven, die

Ressourcen schonenden Produktionsweise betreibe. Die Lerninhalte der Schule wurden also von einem Großteil der Jugendlichen mit dem eigenen Wissen und den eigenen Erfahrungen verglichen und erst nach dieser Bearbeitung und Umdeutung abgespeichert. In Bezug auf den Wehrunterricht bedeutete dies, dass die Schülerinnen und Schüler z. B. die positiven Informationen über das Leben in der NVA - wie sie im Unterricht dargestellt wurden - mit den negativen Berichten verglichen, die sie von Freunden, Verwandten und Bekannten erhalten hatten und dementsprechend einordneten.

▶ Weiterhin darf hier nicht außer Acht gelassen werden, dass die Schülerinnen und Schüler an den Polytechnischen Oberschulen in den Schuljahren 9 und 10 bereits ohne den Wehrunterricht eine sehr hohe Stundenzahl pro Woche zu absolvieren hatten (37 in Klasse 9, 36 in Klasse 10). Aufgrund der dadurch weit verbreiteten Schulmüdigkeit gingen selbst viele Jugendliche, die eigentlich eine grundsätzlich positive Einstellung zum sozialistischen Staat hatten, nur mit Widerwillen in diesen Unterricht. Als Reaktion auf die neue Qualität der Militarisierung der

Schule formierte sich vor allem unter dem Dach der Evangelischen Kirche eine vom Staat unabhängige Friedensbewegung, die die bis dahin in der DDR vorfindbare Begrenzung oppositionellen Handelns auf Einzelpersonen oder isolierte Kleingruppen durchbrach und durch vielfältige Aktivitäten ein oppositionelles Netzwerk über das ganze Land ausbreitete, das auch der Entstehung anderer oppositioneller Bewegungen den Boden bereitete. Es würde natürlich viel zu kurz greifen, allein mit einer Kausalkette von der Einführung des Wehr-

unterrichtes, der dadurch ausgelösten breiteren Form der Oppositionsbewegung und der von ihr getragenen friedlichen Revolution das Ende der DDR erklären zu wollen. Eine ganze Reihe in diesem Zusammenhang bedeutender ökonomischer und anderer Faktoren würde dabei zu unrecht unberücksichtigt bleiben. Nichtsdestotrotz kann aber hier ein von der Partei- und Staatsführung ausgelöster Effekt eingegrenzt werden, der Teil eines Wirkungscocktails war, der das SED-Regime schließlich zum Exitus führte.

Quellen- und Literaturverzeichnis*

Archivmaterialien

Einschätzung der politisch ideologischen Situation unter den Studenten, Juni 1989, Archiv Friedrich-Schiller-Universität (FSU), Jena 400-2.

FDJ-Zentralrat, Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 56, 7. 5. 1980, SAPMO-BArch. (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR-Bundesarchiv), DY 24/113848.

Forschungsgruppe Wehrerziehung/Wehrunterricht: Bericht über Ergebnisse praxisanalytischer Untersuchungen im Lager Wehrausbildung 1986, DIPF/BBF (Archiv Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/Bibliothek für Bildungsforschung), 13.394, 1987.

Forschungsgruppe Wehrerziehung: Praxisanalytische Untersuchung zur Wirksamkeit des Lehrganges Zivilverteidigung (LZV) in Klasse 9/1986, Archiv DIPF/BBF, 13.964, 1987.

Friedrich, Walter (1973): Der sozialistische Patriotismus unserer Jugendlichen und einige Probleme der nationalen Frage. Informationen zur Untersuchung „Jugend und Internationalismus“, Leipzig, ZIfJ (Zentralinstitut für Jugendforschung), SAPMO-BArch., DC 4/233.

Führungskonzeption des Rektors für die sozialistische Wehrerziehung der Studenten der FSU Jena, 1983, Archiv FSU Jena 440.

Günther, Karl-Heinz 1973, DIPF/BBF, Skizze Grundmaterial I, 0.4.26.NL. Maßnahmeplan der Kinder und Jugendbuchverlage der DDR auf die politische, weltanschauliche, naturwissenschaftliche, moralische, ästhetische und staatsbürgerliche Bildung und Erziehung der Jugend, gemäß Beschluß Politbüro des ZK vom 9. 10. 1973, SAPMO-BArch. DY 30/14302.

Notiz von Generaloberst Keßler an E. Krenz, 15. 4. 1982, Zentralrat der FDJ, SAPMO-BArch. DY24/11226.

* Ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis erhalten Sie unter S7komi@uni-jena.de (Stichwort: Literaturverzeichnis).

Verner, Paul, Vorschläge für Probleme, die in der Lektion an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ am 1. 4. 1974 behandelt werden könnten, DY 30/14302.

Zentralrat der FDJ, Information für das Politbüro des ZK durch den Zentralrat der FDJ, Abteilung Jugend, 1. 11. 1974, SAPMO-BArch. DY30/14302

ZK der SED, Abteilung für Jugendfragen, Informationen über Mitarbeit der DDR an einer Untersuchung der internationalen Problemkommission „Die Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozeß“, 4. 8. 1978, SAPMO-BArch. DC30/21401.

Literaturverzeichnis

Bruckmeier, Karl (1993): Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR. In: Haufe, Gerda / Bruckmeier, Karl (Hrsg.) (1993): Die Bürgerbewegungen in der DDR und den ostdeutschen Bundesländern, Opladen.

Endert, Theo/Hofmann, Helmut (1972): Unterrichtshilfen Sportklassen 9/10. Berlin.

Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich (1996): Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse, Frankfurt/M., Berlin, Bern u.a.

Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich (1998): Wehrerziehung und Schule. In: Führ, Christoph/Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.) (1998): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band VI 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, München.

Goeckel, Robert F. (1996): Thesen zu Kontinuität und Wandel der Kirchenpolitik der SED. In: Vollnhals, Clemens (Hrsg.) (1996): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit, Berlin

Gonnermann, Martin u. a. (1987): Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Militärisches Grundwissen für die Sozialistische Wehrerziehung, Leitfaden, Berlin.

Günther, Karl-Heinz (1983): Zur weltanschaulichen Fundierung der patrioti-

schen und internationalistischen Erziehung der Schüler. In: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Hans Kaiser): Jahrbuch 1983, Berlin

Hanisch, Wilfried u. a. (1979): Wissensspeicher Wehrausbildung, Berlin.

Hanisch, Wilfried u. a. (1983): Sozialistische Landesverteidigung. Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10, 2. Auflage, Berlin

Henrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.

Honecker, Erich (1978): Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED. Aus den Diskussionsreden der 8. Tagung des ZK, Berlin.

Honecker, Margot (1974): Zu einigen Fragen der Bildungspolitik nach dem VIII. Parteitag der SED. In: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Karl-Heinz Günther): Jahrbuch 1973/74, Berlin.

Honecker, Margot (1977): Unsere Jugend zu guten Kommunisten erziehen. Diskussionsbeitrag des Ministers für Volksbildung auf dem IX. Parteitag der SED. In: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Karl-Heinz Günther): Jahrbuch 1976/77, Berlin

Honecker, Margot (1980): Der gesellschaftliche Auftrag unserer Schule. Referat des Ministers für Volksbildung auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß der DDR. In: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Heinz Lindner): Jahrbuch 1980, Berlin.

Honecker, Margot (1981): Die Herausbildung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung bei den Schülern. Referat des Ministers für Volksbildung auf dem III. Kongreß der Volksbildungsminister der soz. Länder am 16. - 21. 10. 1979 in Budapest, in: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Heinz Lindner): Jahrbuch 1981, Berlin.

Meckel, Markus (1994): Aufbrüche. In: dersel./Gutzeit, Martin (Hrsg.): Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit, Kommentierte Quellentexte, Köln.

Michalzik, Martin (1994): „An der Seite der Genossen...“ Offizielles Jugendbild und politische Sozialisation im SED-Staat. Zum Scheitern der sozialistischen Erziehung in der DDR, Melle.

Pitschel, R. (1978): Die Vorbereitung auf den Wehrdienst in der Spezialaufbahnausbildung der GST. In: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.

Rauhut, Michael (1999): Rockmusik in der DDR. Politische Koordination und alltägliche Dimensionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B28/99, 9. 7. 1999.

Sachse, Christian (1996): (Vor)militärische Ausbildung in der DDR. In: In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Band 2 Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, bearbeitet von Blask, Falk/Geißler, Gert, Berlin.

Spittmann, Ilse (1990): Die DDR unter Honecker, Köln

Weitere Quellen

Bensch 1978. In: Henrich, Wolfgang(Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn

Bund der Evangelischen Kirche in der DDR (BEK) 14.6.1978: Orientierungshilfen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Henrich ebd.

Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KEK), 14.6.1978: An die Gemeinden in den Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Henrich (Hrsg.) a.a.O.

Lackner, Joseph 1.9. 1978: Beitrag auf der Tagung des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes. In: Henrich (Hrsg.) a.a.O.

Linke, Dietmar (1982): Thesen zur „Unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR. In: Israel, Jürgen (Hrsg.) (1991): Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989.

Ministerium für Volksbildung (MfV), 15. 10. 1968: Direktive des Ministeriums. MfV, 1. 2. 1978: Direktive des Ministeriums

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MfHF), (1984): Direktive für Studienjahr 1984/85 an den Universitäten und Hochschulen der DDR

Zeitungen

Deutsche Lehrerzeitung (DLZ), Nr. 35, 1978

Neues Deutschland (ND) 18./19. 2. 1978

Rote Fahne, Nr. 31, 1978